

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Kein Tatverdacht mehr

Sämtliche Angeklagte im Prozeß Röntgenstraße aus der Haft entlassen — Trotzdem ungeheuerliche Zuchthausanträge des Staatsanwalts

Im Röntgenstraßen-Prozeß ließ heute Staatsanwaltschaftsrat Wagner gegen sämtliche Angeklagte die Anklage wegen gemeinschaftlichen Totschlages fallen, da eine derartige Handlungsweise der Angeklagten im Laufe des Prozesses nicht erwiesen werden konnte. Er stellte gegen die Angeklagten, die er als Teilnehmer des Argonautenzuges in die Röntgenstraße bezeichnete, folgende Anträge:

Gegen den Hauptangeklagten Calm wegen Rädelsführerschaft bei schwerem Landfriedensbruch eine Zuchthausstrafe in Höhe von zehn Jahren.

gegen die Angeklagten Schall und Torbehn je fünf Jahre Zuchthaus wegen schweren Landfriedensbruches,

gegen die Angeklagten Scheidt und Sterdt wegen einfachen Landfriedensbruches je zwei Jahre Zuchthaus.

Bei weiteren vier Angeklagten stellte der Ankläger den Antrag auf Freispruch und hatte gegen eine sofortige Haftentlassung dieser vier Leute nichts einzuwenden.

Schon zu Beginn des heutigen Tages trat eine sensationelle Wendung ein, als der Vorsitzende des Sondergerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Tolk,

die Haftentlassung der neun Angeklagten anregte.

Dieser Vorschlag war offenbar veranlaßt durch das Gutachten des Schießsachverständigen Professors Brüning. Der Sachverständige hatte darth betont, daß die Kugel, die den Nationalsozialisten Gatschke tödlich getroffen hatte, von der Seite abgebehen sein mußte, auf der sich das Lokal der Nationalsozialisten befindet. Da also mindestens mit der Möglichkeit gerechnet werden muß,

daß der Todesschuß gegen den SA-Mann Gatschke von seiten der Nationalsozialisten abgegeben worden ist,

konnte der Vorsitzende sich für eine eventuelle Haftentlassung einsetzen.

Nach einer kurzen Pause beschloß das Gericht, den Haftbefehl gegen alle neun Angeklagte aufzuheben, da ein dringender Tatverdacht nicht mehr vorliegt.

Der Nazi-Anwalt fordert Todesstrafen!

Eine ungeheuerliche Provokation

Berlin, 5. Oktober.

CNB. Nachdem das Sondergericht heute alle Angeklagten in dem Totschlagsprozeß Calm aus der Untersuchungshaft entlassen hatte, da jetzt kein dringender Tatverdacht mehr bestehe, plädierte Rechtsanwalt Uhlrand für die nationalsozialistischen Nebenkläger auf die Verhängung von Todesstrafen gegen zwei Angeklagte. Auf dieses Urteil, erklärte er, warteten Millionen von Deutschen, die wissen wollten, ob nun endlich durchgegriffen und der Tod eines Menschen gestiftet werde. Der Redner wandte sich dann in längeren Ausführungen gegen die von der Verteidigung vorgebrachten Belastungsmomente für die SA-Leute und führte aus, daß lediglich den Kommunisten die zur Anklage stehende Tat nachgewiesen sei. Die Kommunisten hätten sogar wahrscheinlich Schußspuren in der dem Sturmlokal gegenüberliegenden Häuserreihe verursacht, um späterhin sagen zu können, daß die Nationalsozialisten geschossen hätten. Die Aussage des Nebenklägers, des verletzten SA-Mannes Kwiatkowski, habe ergeben, daß die Angeklagten Chall und Heine geschossen hätten. Daher beantrage er über den Antrag des Staatsanwalts hinaus gegen Chall und gegen den 17-jährigen Heine, für die der Beweis der Täterschaft erbracht sei, die Todesstrafe.

Nach diesem Plädoyer wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt, wo die Verteidiger, die Rechtsanwälte Litten und Rosenfeld, sprechen werden. Das Urteil wird daher nicht vor Donnerstag abend, wahrscheinlich erst am Freitag verkündet werden.

Gefängnisstrafen gegen die „Angriff“-Redakteure

Berlin, 5. Oktober.

CNB. Die 5. Strafkammer beim Landgericht I fällte heute nach mehrwöchiger Ver-

handlung in dem Beleidigungsprozeß des früheren Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und des früheren Polizeipräsidenten Grzesinski gegen die Redakteure Dr. Lippert und Krause vom „Angriff“ folgendes Urteil:

Dr. Lippert wird wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten Dr. Weiß in Taleinheit mit übler Nachrede gegen Dr. Weiß und den Polizeipräsidenten Grzesinski zu drei Monaten Gefängnis, der Angeklagte Krause wegen der gleichen Vergehen zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Den Beleidigten wird die Befugnis zur Veröffentlichung des Urteils auf der ersten Seite des „Angriffs“ und einigen weiteren Berliner Tageszeitungen zuerkannt. Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.

Streikabwürgung in Hamburg

Hamburg, 5. Oktober.

WTB. Nachdem die den Streik der Hamburger öffentlichen Verkehrsmittel führenden Vertrauensleute des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes infolge der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches den Abbruch des Streiks beschlossen hatten, ist heute früh der Betrieb auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln Hamburgs nach vierstündiger Stilllegung wieder aufgenommen worden.

So hat sich hier das traurige Spiel wie beim letzten großen Hamburger Verkehrsstreik 1925 wiederholt. Die reformistische Gewerkschaftsführung weicht vor dem Schlichter zurück und überredet die Funktionäre — diese, nicht die Masse der Streikenden, haben den Abbruch beschlossen — zur Akzeptierung des verbindlich erklärten Lohnabbauschiedsspruches. Das ist die Fortsetzung der bisherigen verurteilten Schlichtungspolitik der Gewerkschaften, wogegen alle Arbeiter aufs schärfste kämpfen müssen.

Durch WTB wird auch die Meldung verbreitet, daß die KPD ebenfalls ihre Aufforderung zum Weiterstreiken zurückgezogen hätte. Das wird von der KPD-Presse als Lüge bezeichnet und erklärt, daß die RGO den Kampf weiterführe, während die Nazis schon vor dem Beschluß der Gewerkschaften den Streikabbruch proklamiert hätten.

Wir bezweifeln, daß die Aufforderung der RGO zum Weiterkämpfen irgendwelche Wirkung hat. Umgekehrt, wären die heute von den Massen isoliert in der RGO stehenden KPD-Verkehrsarbeiter innerhalb der Gewerkschaften, dann hätte der Streikabwürgungsbeschluß nicht so leicht gefaßt werden können.

Einstweilige Verfügung gegen Buchbinder-Verband

Leipzig, 5. Oktober.

CNB. In Sachen des Lohnstreikes bei der Leipziger Großbuchbinderei Sieke & Co. ist vom Amtsgericht Berlin gegen den Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Berlin, eine einstweilige Verfügung erlassen worden, in der dem Antragsgegner verboten wird,

den in den Streik getretenen Arbeitnehmern der Firma die direkte oder indirekte tätliche, moralische und finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ferner wird dem Antragsgegner aufgegeben, es zu unterlassen, den Streik weiter zu organisieren und durchzuführen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß bei der bestreikten Firma der tarifliche Zustand durch Auf-

forderung der Mitglieder nach Wiederaufnahme der Arbeit wieder herbeigeführt wird.

In jedem Fall der Zuwiderhandlung wird Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten angedroht.

Buchbinder-Generalaussperrung

Leipzig, 5. Oktober.

CNB. Bei der heute abgehaltenen, aus dem ganzen Reich beschickten Hauptvorstandssitzung des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer wurde einstimmig beschlossen, die Abstimmung über die Aussperrung in den Kreisen, die sie noch nicht beschlossen haben, unverzüglich einzuleiten.

Streikverbot mit Gefängnis für die Arbeiter in einem Betrieb — aber Aussperrung im ganzen Reich durch die Unternehmer. Papen-Regime!

Erfolg im Hochseefischerstreik

Bremen, 5. Oktober.

CNB. Im Streik in der Hochseefischerei haben die beiderseitigen Organisationen des Tarifvertrags in freier Vereinbarung folgendes Abkommen getroffen:

1. Der Manteltarifvertrag wird bis zum 31. Januar 1933,
2. der Lohn- und Zusatzvertrag bis zum 31. Dezember 1932 verlängert,
3. Maßregelungen finden nicht statt.

Das ist zweifellos ein Erfolg der Streikenden. Lächerliche Uebertreibung ist es, wenn dazu die KPD-Presse schreibt, daß der Streik „unter Führung des RGO-Einheitsverbandes gestanden hätte“.

Das ist der Arbeitsdienst! Die „Freiwilligen“ zur Rebellion gezwungen!

Menden (Reg.-Bez. Arnsberg), 6. Okt.

CNB. Ein Teilnehmer am freiwilligen Arbeitsdienst hatte seine Kollegen aufgezwängt, so daß etwa 80 Mann mehrere Stunden vor Schluß der Dienstzeit die Arbeitsstelle verließen. Der Mann wurde daraufhin entlassen. Die Mehrzahl seiner Kollegen nahm Partei für ihn und demonstrierte vor dem Rathaus. Wegen dieser Haltung der Arbeitsdienstwilligen hat der Verband für Leibesübungen sämtliche Demonstrationen, ungefähr 60 Mann, entlassen.

„Soldatische Ideen“

Von Maxim Gorki.

Vor kurzem fand in Berlin eine Parade des Stahlhelms statt und der Vorsitzende dieser Organisation, der Likörfabrikant Seidte, sagte: „Wenn der Stahlhelm marschiert, so bedeutet das die Wiedergeburt des deutschen soldatischen Geistes. Soldatische Ideen und soldatische Taten finden in Deutschland wieder Verständnis.“

Vor ungefähr dreißig Jahren stand in einer Biographie des Philosophen Fichte, den Verfasser habe ich leider vergessen: „Deutschland ist das Land der Philosophen; während in Frankreich die Politik von den Advokaten gemacht wird, beherrschen in Deutschland die Philosophen den Geist der Nation.“ Nun sehen wir aber, daß in Deutschland die Likörfabrikanten beginnen, Politik zu machen. Das hat natürlich nicht erst gestern begonnen, und obgleich es an sich schlecht ist, ist es doch in einem kapitalistischen Staat durchaus möglich. Immerhin kann man einen Likörfabrikanten nicht ohne weiteres als Philosophen ansprechen. Bekanntlich ist ein bourgeois Philosoph ein Verehrer der Wahrheit, dessen Gedanken darauf abzielen, die Welt zu verbessern, ohne dabei die Logik des Nachdenkens über die Welt, das ist sein Beruf; und vom Standpunkt der Menschheit der lebendigen, weltwandelnden Tat kann man einen bourgeoisen Philosophen, ohne ihm zu nahe zu treten, als einen Untätigen bezeichnen. Der Likörfabrikant aber ist nicht nur ein Philosoph, sondern auch ein Mann der Tat, „der soldatischen Tat“.

Man kann sich leicht vorstellen, was soldatische Taten sind. Die blutigen Schrecken dieser Taten in den Jahren 1914—1918 sind noch nicht ganz vergessen. Was aber sind „soldatische Ideen“? So weit uns geläufig, kennt die Geschichte der Philosophie nichts Derartiges und man kann mit gutem Grunde behaupten, daß soldatische Ideen an und für sich unmöglich sind. Denn immer und überall hat man den Soldaten gerade gelehrt, nicht nachzudenken! und wenn er es trotzdem tat, wurde er dafür bestraft. Nachdem man einem Menschen die Uniform angezogen hatte, flößte man ihm ein, daß er nicht nur unwürdig sei, etwas zu wissen, daß er nicht nur nichts wissen dürfe, sondern daß er auch nach seiner soldatischen Natur gar nicht in der Lage sei, etwas zu erkennen, was über die Grenzen seines Dienstes hinausgeht. Der Soldat einer bourgeoisen Armee ist ein Mensch, den sein Klassengegner systematisch verdimmt, um seine Macht über ihn, einen Bauern oder einen Arbeiter, zu festigen. Der Soldat der europäischen Armeen ist ein Mensch, der in der Gefangenschaft seiner Feinde lebt und für einen Hungerlohn und ein Stück schlechten Brotes hypnotisiert für sie Dienat leistet. Dabei sind die Soldaten Leute, deren Väter, Mütter, Brüder und Schwestern hart arbeiten und ungeheure Steuern zahlen, um ihre Kinder und Brüder während ihrer Dienstzeit zu kleiden, zu bewaffnen und zu ernähren. Und wenn diese Väter und Brüder das Leben so schwer finden, daß sie gegen ihre ewigen Klassengegner meutern, müssen die Soldaten auf die Meuterei schießen. Und sie schießen wirklich! Denn soweit geht der Idiotismus, zu dem sie von den Kapitalisten erzogen worden sind. Ueber ein halbes Jahr haben die Hurdungsgehilfen des Kapitals in Genf über die Abrüstung geschwätzt. Die Soldaten der europäischen Armeen sind dabei stumm und taub geblieben, während doch sie gerade in der Lage wären, etwas Ernstes draus zu machen. Sie könnten etwas sehr Wichtiges über die ständig wachsenden Rüstungsausgaben vorbringen, über die sinnlose Verschwendung von Metallen für Kanonen und Tanks, oder über die neue allgemeine Schlichterei, die von den Kapitalisten vorbereitet wird, bei welcher Millionen von gesunden Leuten in Leichen verwandelt und Millionen neuer Invaliden geschaffen werden. Aber man macht aus dem Soldaten einen Menschen, der nichts wissen kann und darf und der gar nicht erst nachdenkt. Der Likörfabrikant sagt also eine Unwahrheit. Der Soldat hat keine soldatische Ideen.

Dennoch existieren „soldatische Ideen“ und in der Form des Faschismus werden sie heute propagiert. Es sind keine neuen Ideen. Man kann ihre Quellen in den Büchern deutscher Schriftsteller, zum Beispiel bei dem berühm-

Der Historiker Heinrich von Trellacke, verfolgen die platonisch-klassische Formierung der platonisch-klassischen Formierung gab Friedrich Nietzsche in der „blonden Bestie“.

Der Führer dieser Ideen ist Benito Mussolini. In dem Aufsatz, den er für die italienische Enzyklopädie geschrieben hat, verwendet er alle Begriffe des geistigen Nietzsche, leugnet er verächtlich die Idee der Brüderlichkeit der Völker, der sozialen Gleichheit der menschlichen Individuen und nützlich auch das Anrecht der Mehrheit auf die Macht.

Mussolini begriff den Imperialismus, unter dessen Joch Millionen zugrunde gehen, und als höchsten Ausdruck aller menschlichen Fähigkeiten verherrlicht er den Krieg.

So schrieb vor ihm schon der Futurist Marinetti, und es ist die manische Idee aller Kriegsschiffstellen. Nach ihrer Ansicht veredelt der Krieg die Menschen, womit allerdings die Besiegten kaum einverstanden sein dürften. Noch nie hat man gehört, daß ein Besiegter dem Besiegten mit Begeisterung oder auch mit Ermahnungen zugeredet hätte: „Oh, wie edel hast du mich verstümmelt und ausgeplündert!“ In den Jahren 1914-1915 sprachen Belgier und Franzosen kein Wort vom „Edeleut“ der deutschen Sieger. Im Gegenteil: sie schrien über die Grusamkeit der Teutonen und bezichtigten sie tierischen Blutes und anderer Eigenschaften, die dem Begriff von Edelmut diametral entgegengesetzt sind. Ebenso wenig redeten die besiegten und bestohlenen Deutschen von Edelmut und tun es insoweit auch heute noch nicht. Es wäre ferner höchst originell, etwa die Taten der Intervention in Rußland als edel zu bezeichnen, wie z. B. die Erschießung von 26 Kommissaren in Baku durch die Engländer oder den Diebstahl des Goldschatzes in Kasan durch die Tschuschen oder die Verbrennung von 2000 friedlichen Bürgern in Cherson durch die Franzosen und Griechen. Am Tage vor der Räumung schlossen diese edlen Krieger die armen Opfer in die Lagerhäuser am Hafen ein und steckten die Häuser dann in Brand. Mit der Meinung der Militärs und der Faschisten über den Adel des Krieges werden ferner die hunderttausende „Sieger“ nicht einverstanden sein, die durch den Krieg zu Krüppeln geworden sind und die heute von den wahren Siegern auseinander getrieben werden, wie es in Washington der Fall war. Nicht einverstanden mit den Faschisten sind schließlich die Millionen von Siegern und Besiegten, die heute ihr Recht auf Arbeit verloren haben und hungern. Der italienische Faschismus träumt von der römischen Welt Herrschaft. Hitler predigt, daß der Faschismus Deutschland über die ganze Menschheit erheben wird. In Japan hat neulich jemand behauptet, daß bald die gesamte weiße Rasse in der Gewalt der goldenen Bourgeoisie sein werde. Es fehlt an Worten, um auszudrücken, wie unselig gemein, gedankenlos und widerwärtig das alles ist.

Höchst wahrscheinlich wird es der Bourgeoisie noch einmal gelingen, irgendwelche Dummköpfe mit schiefer aufgesetzten Kronen und Blei im Hirn auf den Thron zu setzen. Aber gewiß nicht auf lange. Es sind die letzten Zuckungen einer verwilderten Klasse. Es ist die Todesagonie eines Kranken. Künstler des Wortes pflegen zu schildern, wie die Sterbenden in ihrer Todesstunde von Bildern ihrer Kindheit und ihrer Jugend umgaukelt werden. So sieht heute die Bourgeoisie der ganzen Welt noch einmal ihre Vergangenheit vor sich auftauchen, und die europäische Bourgeoisie denkt daran zurück, wie sie Ende des 18. Jahrhunderts für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gekämpft hat. Doch erinnert sie sich an diesen Kampf schon wie an einen Fehltritt aus ihrer Jugendzeit. Ach, wenn man doch alles wieder auf die Feudalherrschaft umstellen könnte! Das ist das Endziel der „soldatischen Idee“.

In neuester Form hat die derzeitige Stimmung der Bourgeoisie vor kurzem in Hitlers „Völkischem Beobachter“ ein gewisser Alfred Rosenberg geschildert, indem er sich mit dem neuen Zynismus des Wilden über die Beuterei Todesurteile ausspricht. Der Mord war mit einer solchen sadistischen Abscheulichkeit vollbracht worden, daß selbst das bürgerliche Gericht die Mörder zum Tode verurteilen mußte. Rosenberg sagt: „Das Urteil hat eine tiefe Kluft zwischen unseren Gedanken und dem Liberalismus geöffnet. Das herrschende liberalistische Recht behauptet, Mensch sei gleich Mensch. Das wird auch in Amerika anerkannt. Aber dort existiert eine unüberwindliche Schranke zwischen Weißen und Farbigen. Der Schwarze darf nicht nur keine weiße Frau heiraten, er darf nicht einmal mit den Weißen im selben Waggon fahren. Der Neger, der eine Weiße vergewaltigt hat, wird verurteilt. Das ist natürlich nicht gut, aber notwendig zur Verteidigung der weißen Rasse. Bei Beginn des Weltkrieges wurde der französische Pazifist Jaurès ermordet — das Gericht sprach den Mörder frei. Aber derjenige, der das Attentat auf Clemenceau unternahm, wurde gehängt — in beiden Fällen handelte Frankreich im Einklang mit seinen Lebensinteressen. Fünf Mann sind zum Tode verurteilt worden, weil sie einen Polen getötet haben, der noch dazu ein Bolschewist war. Dieser Spruch des Gerichts widerspricht den elementaren Gefühlen der Selbsterhaltung der Nationen. Wir führen unseren Angriff auf die Weltanschauung der Liberalen ebenso wie auf die der Marxisten. Für uns ist eine Seele nicht einer anderen gleich, ein Mensch nicht dem anderen. Unser Ziel ist der starke deutsche Mensch. Nur das Bekenntnis zur Ungleichheit wird Deutschland die politische Freiheit verschaffen.“

Unter der Wirkung dieses Wahnsinns wurde das Urteil gemildert. Dieser Wahnsinn ist auch die Grundlage des Faschismus. Es ist ganz klar, daß Europa und die arbeitende Bevölkerung von Verrückten beherrscht wird. Es gibt kein Verbrechen, zu dem sie nicht fähig wären, kein Quantum Blut, das sie zu vergießen sich fürchten würden. Damit dieser

So haust die SA!

Eine schamlose Gewalttat — 20 gegen Einen

Einen mit besonderer Brutalität ausgeführten Racheakt verübten in der vergangenen Nacht etwa zwanzig Mitglieder des SA-Sturmes 14 aus Charlottenburg auf ihr früheres Parteimitglied, den 18-jährigen Sohn des Generalmajors von Bellmond.

Der junge Mann war vor etwa einem halben Jahr Mitglied der SA geworden, war aber mit dem Treiben seiner Kameraden oft nicht einverstanden und hatte sich über viele Vorkommnisse bei seinem Sturmführer beschwert. Dadurch hatte er sich den Zorn seiner Parteigenossen zugezogen, so daß von Bellmond den Entschluß faßte, aus dem Sturm und der Partei auszutreten. Ende der vergangenen Woche hatte er dann seinen Austritt erklärt und sich nicht mehr in dem Parteilokal sehen lassen. Jetzt wollten sich die Mitglieder des Sturmes 14 an von Bellmond rächen, da dieser sie bei dem Sturmführer verpfliessen hatte. Sie brachten in Erfahrung, daß sich von Bellmond oft in den Abendstunden in der Wohnung eines Freundes im Hause Kantstraße 8 aufhielt. Als sich gestern Abend der junge Mann wieder dorthin begab, wurde er unauffällig von einigen Mitgliedern des Sturmes 14 verfolgt, die dann mehrere Schmiersteher vor dem Hause aufstellten und

in aller Eile ein „Rollkommando“ zusammenbrachten,

das an von Bellmond Rache üben sollte. Spät nachts kam eine Horde von etwa 20 SA-Leuten nach der Kantstraße, die sich mit Nachschlüssel Zutritt zu dem betreffenden Hause verschaffte und an der Tür des Freundes klingelte. von Bellmond öffnete selbst und wurde sofort von den Eindringlingen an der Wohnungstür niedergeschlagen.

Die SA-Leute drangen in die Wohnung ein, bedrohten die übrigen anwesenden Leute mit Pistolen und hinderten sie, das Ueberfallkommando zu alarmieren.

Dann schleppten sie den am Boden liegenden von Bellmond, der durch die Schläge bereits bewusstlos war, in das Zimmer und schlugen vor den Augen der Leute mit Flaschen und Totschlägern auf den Wehrlosen ein. Der Geschlagene hat

eine 2 1/2 Zentimeter lange Schädelwunde und starke Quetschungen am ganzen Körper durch Fußtritte davongetragen.

Außerdem ist ihm mit einer Flasche das rechte Auge schwer beschädigt worden. Nach dieser Heldentat flüchteten die Nationalsozialisten auf die Straße und entzogen sich ihrer Feststellung durch die Flucht.

Erhöhung der Negersteuer

Verteilung aufs ganze Jahr — 500 % kommunaler Zwangszuschlag

Berlin, 5. Oktober.

CNB. Die Bürgersteuer ist für das Jahr 1933 durch Reichsverordnung neu geregelt worden. Die Steuer, die bisher in sechs Monatsraten erhoben wurde, ist nunmehr auf eine Jahressteuer umgestellt und gelangt ab 1. Januar 1933 in 12 Monatsraten zur Erhebung. Für die Ehefrau wurde zur Bürgersteuer bisher ein Zuschlag von 50 v. H. erhoben. Dieser Zuschlag fällt nunmehr fort, so daß die Steuer für Verheiratete und Ledige in gleicher Höhe zur Erhebung gelangt. Der einische Satz der Bürgersteuer beträgt, wie bisher, 6 Mark, also auf den Monat gerechnet, nicht wie in den ersten Monaten 1932 1 Mark bzw. 1,50 Mark für Verheiratete, sondern für alle Steuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 4500 Mark 0,50 Mark. — Die Steuerfreigrenze soll nicht mehr generell 500 Mark betragen, sondern je nach Zahl der Familienmitglieder niedriger oder höher sein.

Diese scheinbare Steuerherabsetzung wird aber in das Gegenteil, in eine gewaltige Steuererhöhung umgewandelt durch folgende Bestimmung:

Alle Gemeinden, die die Reichshilfe für Wohlfahrtsverbände in Anspruch nehmen wollen, müssen mindestens 500 Prozent der Bürgersteuer 1933 beschließen.

Ist es schon eine Steuerbrutalität schlimmsten Grades, daß diese Kopfsteuer in gleicher Höhe erhoben wird, ob einer 500 oder 4500 Mark Einkommen hat (erst von da ab tritt eine Steigerung ein) erhoben wird, so muß die erneute Steigerung dieser Negersteuer überall helle Empörung auslösen. Da sogar wie alle Städte und Arbeitsgemeinden Wohlfahrtszuschläge benötigen, müssen überall 500 Prozent Zuschlag erhoben werden. Das bedeutet, daß jeder ledige Prolet, der bei dem bisher 300prozentigen Zuschlag 18 Mark pro Jahr zahlte, nunmehr mindestens 30 Mark, jeder Verheiratete statt 27 neu auch 30 Mark bezahlen muß.

Englands Vermittlung gescheitert

Keine Sonderbesprechung der Großmächte — Abrüstungskonferenz geht ohne Deutschland weiter

WTB. London, 5. Oktober.

Der heute Abend in unterrichteten britischen Kreisen vorherrschende Eindruck in der Frage einer Londoner Konferenz scheint dahin zu gehen, daß infolge der ablehnenden Haltung der französischen Regierung und des von deutscher Seite eingenommenen Standpunktes eine Beteiligung dieser beiden Länder kaum in Aussicht steht und daß der Gedanke dieser Konferenz daher wohl aufgegeben werden muß.

Während bisher stets die Auffassung vertreten wurde, daß eine Fortsetzung der Abrüstungskonferenz ohne Beteiligung Deutschlands undenkbar sei, äußert man jetzt die Ansicht, daß die Arbeiten dieser Konferenz unbedeutend fortgesetzt werden müssen und daß ebenso wie bei den Erörterungen des Abrüstungsbüros, die deutsche Nichtbeteiligung in Kauf genommen werden müsse. Man hofft, daß der weitere Gang der Abrüstungskonferenz eine Lage schafft, die es Deutschland ermöglicht, seine Mitarbeit am Abrüstungswerk mit seinen Wünschen zu vereinen.

„Ein Komitee wird zu gegebener Zeit berichten“

Genf, 3. Oktober.

Der Völkerbundsrat hielt heute nachmittags eine Sitzung ab. Der Rat beschäftigte sich kurz mit dem Streitfall zwischen

Wahnsinn ins Leben trete, wirkten Goethe und Kant, Schiller und Fichte und hundert andere große Dichter, Denker, Musiker und Maler. Die Kultur der Bourgeoisie bleibt unberührt in Bibliotheken und Museen. Aber das Leben der Bourgeoisie wird immer schmutziger und verwildert, ihre Politik immer sadistischer und unmenschlicher. Jenseits der Grenzen der Sowjetunion wird die Welt von Wahnsinnigen beherrscht! (Aus dem Tgb.)

Bolivien und Paraguay. Präsident de Valera gab den Telegrammwachsel mit der neutralen Kommission in Washington bekannt. Ein vom Völkerbundsrat eingesetztes Komitee wird die Entwicklung des Streitfalles weiter verfolgen und dem Völkerbundsrat zu gegebener Zeit berichten.

In einer sich daran anschließenden geheimen Sitzung beschäftigte sich der Rat mit der Nachfolge des Grafen Grävina und mit der Ernennung des künftigen Generalsekretärs des Völkerbundes. Beide Fragen wurden nach kurzer Aussprache wiederum vertagt.

Deutschland ruiniert seinen Export

Die Einfuhr deutscher Waren nach Dänemark betrug in den letzten Monaten nur noch ein Drittel der Vorjahrs-einfuhr. Im Juli konnte England die ihr im Vorjahrsdurchschnitt noch um 120 Prozent überlegene deutsche Einfuhr erstmalig übertreffen. Allein die Butterzollfrage hat für Deutschland nach Dänemark einen Exportverlust von rund 130 Millionen Mark gebracht und tausenden deutscher Arbeiter Beschäftigungsmöglichkeiten geraubt.

Antikriegskundgebungen verboten!

In Düsseldorf sollte dieser Tage eine vom Linkskartell der Geistesarbeiter einberufene Antikriegsveranstaltung stattfinden, bei der unter anderem die bekannten Pazifisten General a. D. von Schönau und Otto Lehmann-Rußbüdt sprechen sollten. Der Polizeipräsident von Düsseldorf hat diese Kundgebung verboten, und zwar mit der bezeichnenden Erklärung, daß solche Antikriegsveranstaltungen auf Anordnung des Herrn Ministers des Innern untersagt seien!

Vorbeugende generelle Versammlungsverbote

Bedenkliche Vollmachten für die preußische Polizei

CNB. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern in einem Runderlaß die nachgeordneten Behörden auf folgendes hingewiesen:

Die Polizei hat durch vorbeugende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Wahlvorbereitungen und der Wahlakt selbst ungestört vor sich gehen. Die Versammlungs- und pressepolizeilichen Bestimmungen der Notverordnungen behalten auch während der Wahlzeit volle Geltung. Der in sachlichem und anständigem Rahmen gehaltenen Wahlkampf darf nicht behindert werden. Gegen Verhetzung und Terror, gegen Beschimpfungen und Verleumdungen ist dagegen von den zur Verfügung stehenden polizeilichen Handhaben in vollem Umfange tatkräftig Gebrauch zu machen.

Die Polizeiverwalter haben,

sobald Anlaß zur Besorgnis besteht, daß es zu erheblichen Störungen kommen könnte, alle zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gebotenen Maßnahmen zu treffen und nötigenfalls rechtzeitig die Gestellung der erforderlichen Polizeikräfte bei Landräten und Regierungspräsidenten zu beantragen.

Eine ernste und nachdrückliche Warnung muß in diesem Zusammenhang an die Parteien und politischen Organisationen gerichtet werden, daß sie ihre Anhänger von Störungen und gewaltsamen Behinderungen von Veranstaltungen Andersgesinnter zurückhalten. Parteien und Organisationen, deren Anhänger gleichwohl offenbar planmäßig die Versammlungstätigkeit ihrer politischen Gegner in ungesetzlicher Weise behindern und stören, müssen damit rechnen, daß aus ihrem Verhalten möglicherweise auf Umstände geschlossen werden kann,

die ein vorbeugendes Verbot der von ihnen selbst geplanten Veranstaltungen rechtfertigen würden.

Die Polizeibehörden haben in jedem einzelnen Falle einer Versammlungstörung die Schuldfrage sofort zu untersuchen und der betreffenden Partei oder Organisation für den Fall der Wiederholung die erforderlichen Eröffnungen zu machen.

Überall starker Rückgang der Nazi-Stimmen

Oldenburg, 5. Oktober.

In Writkau im Landestell Lübeck des nationalsozialistisch regierten Oldenburg erhielten bei den Gemeinderatswahlen im Vergleich zu den Landtagswahlen Ende Mai 1932:

KPD	221 (181)
SPD	1094 (1086)
Nazi	1058 (1320)
Bürgerl. Einheitsliste	348 (210)

Darmstadt, 5. Oktober.

Ein interessantes Ergebnis zeitigte die Bürgermeisterwahl in Neustadt (im Odenwald), wo nach Parteien gewählt wurde. Es erhielt der bürgerliche Kandidat Schäfer 232 Stimmen (45 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl), der Kommunist Brunner 163 (214), der Sozialdemokrat Hoffmann 78 (63) und der Nationalsozialist Menz 45 (249) Stimmen.

Der geplatzte Konjunkturschwundel

Massenentlassungen statt Einstellung

Die Regierungspresse posaunt täglich die da und dort vorgenommenen Neueinstellungen von Arbeitern (mit Prämie und Lohnrüb, natürlich) in alle Welt hinaus. Wie die Wirklichkeit aber aussieht, zeigen u. a. folgende zwei Meldungen:

Oldbach-Rheydt, 5. Oktober.

CNB. Wie von Oewerkschaftsseite mitgeteilt wird, sind seit 24. September in der hiesigen Textilindustrie mehr als 200 Arbeiter entlassen worden, weitere Kündigungen sollen noch folgen. So werden bei der Firma C. C. Bang in Rheydt 87 Leute im Laufe des Oktober entlassen werden, bei der Firma Vierhaus & Zeime werden Mitte Oktober 326 Arbeiter entlassen, die Firma Dillthey in Rheindahlen sieht sich gezwungen, Anfang November 476 Arbeiter abzustufen und die Firma Sieper & Meuwesen in Rheydt beabsichtigt gänzliche Stilllegung ihres Betriebes, wovon etwa 50 Textilarbeiter betroffen werden.

München, 4. Oktober.

CNB. In dem Bericht der Industrie- und Handelskammer über die Wirtschaftslage ihres Bezirks im dritten Vierteljahr wird festgestellt, daß tatsächliche Anzeichen einer bereits eingetretenen Besserung kaum zu beobachten gewesen sind. Vielmehr scheint der Schrumpfungsvorgang wenigstens vorerst vielfach noch weitere Fortschritte gemacht zu haben, zumal in der Sphäre des Verbrauchsgüterkonsums.

„Wer auch nur im geringsten die eiserner Disziplin in der Partei des Proletariats schwächt, der hilft faktisch der Bourgeoisie gegen das Proletariat.“ (Lenin)

Kunterbunt in der NSDAP

Wenn es mit der großen Reklametrommel bei Adolf Hitler nicht mehr richtig funktioniert, ist das Kunterbunt zu verstehen. Vor Monaten sollten sich die Juden in Deutschland schon fertigmachen nach Palästina. Die bereits gelösten Fahrkarten sind verfallen und ein Teil jüdischer Lieferanten versucht nunmehr die Gnade vor „Adolf dem Großen“ zu finden, indem sie mit einem Preisrüstseltz, der schwach gewordenen Nazizeitung wieder auf die Beine helfen wollen.

Was gibt es aber sonst noch Neues in der braunen Front?

Zunächst ist ja allseits bekannt, daß der Stolz Adolfs, die SA und SS schon ziemlich zersetzt sind. Wenn man in allen Landestellen und auch in Breslau ganze SA-Stürme auflöst, so hat die Geschichte bestimmt einen Haken. Die Leitung hat große Kopfschmerzen, wie sie ihre Leute beschäftigen soll. Was nützt die schönste Uniform, wenn man für die SS kein Betätigungsfeld hat. Sehr oft melden sich bei uns SS-Leute mit einem Schreiben der Leitung, indem sie höflich angefragt werden, ob sie gewillt wären, in der SA eine Führungsrolle zu spielen.

Die SA selbst aber hat eine sonderbare Wandlung durchgemacht. Die Pfandleih-

Heute:

Roter Abend
bei Wittke, pünktlich 20 Uhr.
Thema: Die Frau im Klassenkampf.
Sprecher: Rezitationen, Gesang, turnerische Vorführungen.

ämter haben Hochkonjunktur in der Beleihung von SA-Uniformen. Auch das stolze Zeughaus auf der Taschenstraße wird am längsten eine Zierde Breslaus gewesen sein. Nicht genug, daß sich ein Teil der braunen Soldaten in schwarze Soldaten verwandelten, indem sie mit Max Gruschwitz an der Spitze ihr Heil versuchen, müssen die Leiter der Arbeitslager bereits auf die Suche nach ihren Schäflein in der Weltgeschichte herumfahren, um alle die wieder zu sammeln, die aus diesem Lager bereits entsprungen sind. Wir wünschen bei dieser Gelegenheit dem Leiter des Arbeitslagers „Glockeiche“ Herrn B. guten Erfolg und hoffen, daß er seine Flüchtlinge am Mittwoch zur Abfahrt um 11.30 Uhr an der Uhr in der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes wieder zusammen hatte.

Nun aber zu einer etwas ernsteren Angelegenheit.

Vergeblich versucht die NSDAP mit aller Kraft die Betriebe zu erobern. Wir beleuchten heute zunächst die Linke-Hoffmann-Werke.

Der Herr Direktor Oesterlen hat weniger Kummer um die finanzielle Gesundheit seines Betriebes (die Sorgen überläßt er in der Hauptsache dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung) sondern bemüht sich der NSBO die Wege im Betriebe zu ebnet. Hoffentlich hat Herr Oesterlen bei den Verhandlungen, dem Funktionär der NSBO auch verraten, daß einer seiner Söhne dem Stahlhelm angehört, ein zweiter beim Scharnhorstbund ist und nur der dritte bei den Nazis seine Pflicht erfüllt.

Die Arbeiterschaft mag durch diese Zeilen gewarnt sein vor den Neizpropheten, die mit Erlaubnis der Direktion ihre dunklen politischen Geschäfte betätigen.

Darüber hinaus lohnt es sich auch, die Augen des Gesetzes wieder einmal auf einige Dinge hinzulenken, die uns tagtäglich berichtet werden.

So finden allsonntäglich militärische Übungen der Nationalsozialisten statt, für die es wahrscheinlich keine gesetzliche Bestimmungen gibt. Vielleicht bemühen sich die verantwortlichen Instanzen einmal des Sonntags nach den früheren Gock-Werken an der Wichelhausallee. Am 25. 9. waren in den besagten Werken zirka 320 Mann zusammengezogen, um unter Aufsicht von Feme-Helms ihre militärische Durchbildung zu erhalten.

Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß für die Nacht vom 8. zum 9. 10. ein sogenanntes großes Manöver von den Ortsgruppen Breslau, Oels, Ohlau und Umgegend der NSDAP in dem Gelände zwischen Oels und Bernstadt durchgeführt werden soll. Als Konzentrationspunkt wird der Ort Raake genannt. Wir halten uns verpflichtet, heute schon die Arbeiterschaft des dortigen Gebietes zu warnen und hoffen auch hiermit den verantwortlichen Staatsorganen einen Hinweis gegeben zu haben, da wir der Meinung sind, daß auch hier, wie gegenüber der Arbeiterschaft, die entsprechenden Notverordnungen zur Anwendung kommen müßten.

Im Allgemeinen lohnt es sich kaum noch über die weitere Entwicklung der NSDAP zu berichten, da der Demoralisierungsprozeß eine ungeahnte Höhe erreicht hat. „Nichts für mich, alles für Deutschland“ heißt zwar der Leitsatz der NSDAP. Nun fragen wir: „Hat Adolf Hitler befohlen, alles zu verschachern, um die mahnenden Lieferanten zu bestrafen?“ Oder handeln die SA-Leute auf eigene Rechnung mit Tragbahnen, Sanitätskästen, Funkapparaten, Stiefeln und sonstigen Ausrüstungsgegenständen? Ja, sogar Schriftstücke werden uns zum Kauf angeboten. Dann wundert es uns allerdings, daß man für das große Manöver am nächsten Sonntag wieder neues Material, wie Funk- und Blinkgeräte beschafft. — Arme Lieferanten!

Schluß mit dem Zauderton!

Die Delegierten des ADGB Ortsausschusses Oels fordern außerparlamentarischen Kampf bis zum Streik gegen jeden Lohnraub und Papendiktatur

(Sonderbericht der SAZ)

Die letzte Sitzung des ADGB-Ortsausschusses befafte sich neben anderen Dingen auch mit der arbeitsrechtlichen Auswirkung der letzten Notverordnung. Eingangs der Sitzung wurden einige Rundschreiben des Bezirksvorstandes zur Kenntnis gebracht. Eines davon verlangt von den Ortsausschüssen, sich mehr den handwerklichen Kleinbetrieben zu widmen.

Dann referierte der Vorsitzende über die arbeitsrechtlichen Auswirkungen der Papenschen Notverordnung. Er streift die lohnrechtlichen Auswirkungen und verlangt entsprechend den Bundesbeschlüssen den Kampf dort aufzunehmen, wo es möglich ist.

In der Diskussion sprechen die Koll. Eisebith und Welz sowie der Koll. Scholz (KPD). Alle betonen, daß nun endlich einmal Schluß gemacht werden muß mit der verhängnisvollen Politik der Gewerkschaften. Gegen diese Maßnahmen muß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Sehr wohl ist den Reformisten nicht zumute, als ihnen vorgehalten wird, daß unter dieser Verordnung der Name Hindenburg steht, der mit Gewerkschaftsgeldern gewählt worden ist. Eine bissige Ironie des Schicksals. Der Genosse Eisebith legte folgende Entschlieung vor:

„Die am 3. 10. tagende Versammlung des ADGB Oels nimmt mit Empörung Kenntnis von den Maßnahmen der Papen-Regierung. Sie protestiert gegen die Lohnbauverordnung, die Zerschlagung der Tarife und der Sozialpolitik.“

Demnach fordern die Delegierten vom ADGB-Betriebs- und Bundesvorstand im Gegensatz zur bisherigen Politik der Gewerkschaften

den vollen Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel, d.h. in der heutigen Situation nicht Volksentscheid und andere nutzlose parlamentarische Manöver, sondern außerparlamentarische Aktion bis zum Streik.

Wollen die Gewerkschaften ihr Leben verteidigen, dann darf weder der Bundesvorstand, noch dürfen die einzelnen Gewerkschaftsvorstände das Auflösen und Verbieten einzelner Organisationen zulassen, noch dürfen sie, auf parlamentarische Maßnahmen wartend, den Aushungerungsplan und die spätere Vernichtung zulassen.

Zur Vorbereitung dieser Aktionen fordern die Delegierten vom Bundesvorstand des ADGB die sofortige Einberufung von Funktionärskonferenzen und öffentlichen Versammlungen im ganzen Reich auf breiter Grundlage. Die anwesenden Delegierten verpflichten sich, die dort gefaßten Kampfmaßnahmen durchzuführen, wissend, daß ein Unterliegen in diesem Kampfe gegen die Unterdrückung der Kapitalisten die völlige Rechtlosmachung der Arbeiterklasse bedeutet.“

Diese Entschlieung ruft die Reformisten auf den Plan. Der Vorsitzende erklärt, daß die Resolution mit diesem Inhalt auf keinen Fall abgeschickt werden dürfe. Er beantragt, sie zur Abänderung dem Vorstand zu überweisen und dann abzuschicken. Aber sie hatten sich getäuscht. Die Proleten wollen den alten Weg nicht mehr weitergehen. Die Entschlieung wird mit großer Mehrheit angenommen, der Antrag des Vorsitzenden erhält nur 3 Stimmen.

Es wird sodann noch das Bildungsprogramm für das Winterhalbjahr von der Versammlung gutgeheißen und ein Antrag Scholz, der KPD die Abhaltung von Versammlungen und Konferenzen im Volkshaus zu gewähren, von allen Delegierten angenommen.

Keine Gelder geraubt

Der Mord bei Kobelnick

Neumarkt, 6. Oktober.

Zu dem Morde an dem Landbriefträger Barm aus Stephansdorf teilt die Polizei noch folgendes mit:

Barm, der als Zustellungsbeamter der Postagentur Stephansdorf angehörte, hatte am 1. Oktober zuletzt gegen 12 Uhr Postsachen in Grünthal zugestellt und befand sich auf dem Wege nach Kobelnick. Der Weg, der außer von Leuten, die dort arbeiten, wenig begangen wird, führt durch ausgedehnte Felder. Auf diesem Wege wurde Barm von Zeugen nicht mehr beobachtet, bis ihn gegen 12.45 ein Arbeiter tot auffand, der von der Mittagspause aus Kobelnick zu seiner Arbeitsstelle im Walde zurückkehrte. Dieser berichtete dem Gemeindevorsteher. — Barm, der als ein äußerst ruhiger und gewissenhafter Beamter geschätzt wurde, ist, nach dem Befund am Tatort, sein Fahrrad rechts neben sich schiebend den Weg entlang gegangen. Etwa 1 km von Kobelnick, in der Nähe des Friedhofes, hat ihn von hinten der tödliche Schuß erreicht. Er ist offenbar sofort zu Boden gesunken. Die Lenkstange des Fahrrades hielt er, als er aufgefunden wurde, mit der rechten Hand noch fest. In seiner Dienstatasche führte er einen größeren Geldbetrag bei sich; nach den bisherigen Feststellungen ist aber nichts geraubt.

Die Polizei fahndet augenblicklich u. a., wie bereits gemeldet, nach einem Manne, der einige Zeit vor der Tat denselben Weg gegangen ist und Barm getroffen haben dürfte. Die Tat dürfte nach Angaben von Zeugen, die aus größerer Entfernung zwei Schüsse fallen hörten, gegen 12.30 Uhr ausgeführt worden sein. Der Gesuchte wird wie folgt beschrieben: 45—50 Jahre alt, etwa 1.70 m groß, von kräftiger Figur und mit ziemlich breiten Schultern. Er trug bräunliche Jacke, dunkle lange Hose, hatte dunkle Klappmütze, hohe Schürschuhe und auf dem Rücken ein in Leinwand gepacktes Paket nach Handwerksburschenart. Dieser Mann wurde sowohl in

Kobelnick wie auch in Grünthal beobachtet. Der Regierungspräsident hat für Ermittlungen aus dem Publikum, die zur Aufklärung des Verbrechens beitragen, eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt; mit einer wesentlichen Erhöhung dieser Belohnung durch die Oberpostdirektion ist zu rechnen.

Edelrecke Schulzebeer flüchtet mit der SA-Kasse

(Sonderbericht der SAZ)

Kreuzburg O.-S., 5. Oktober.

Hillers Heerscharen murren. Der Stern des Sturmabführers Schulzebeer ist komatengleich untergegangen und der tapfere Herr, Anführer unzähliger Terrorakte gegen die Kreuzburger Arbeiterschaft, ist mit unbekanntem Ziel abgereist. Dieser Herr, für dessen Tüchtigkeit schon mehr als einmal der Staatsanwalt ein ungewöhnliches Interesse hat aufbringen müssen, der eine dunkle Rolle auch bei der Ermordung des Arbeiters Bassy gespielt hat, hat, wie man munkelt, monatelang ein Leben, herrlich und in Freuden, auf Kosten der SA-Kasse geführt. Dieser deutsche Edelrecke, der seine Stelle als Assistenzarzt am hiesigen Krankenhaus verlor, weil er zu offensichtlich der Anführer bei Schlägereien und noch dunkleren Sachen war und weil im Zusammenhang damit eine immer größere Anzahl Patienten es ablehnten, sich von ihm behandeln zu lassen, hat sich als Märtyrer aufgespielt, der seine Stellung aus politischen Gründen verloren hat. Jetzt frauert die SA einer Summe nach, die sie durch mühselige Sammeltätigkeit aufgebracht hat. Schulzebeer, wieder einer mehr in der Reihe derer, die allzu sehr und allzu ungeschickt auf das dritte Reich spekuliert haben.

Ob den SA-Proleten die Augen aufgehen werden?

Verleumdungen des Gesamtverbands-Sekretär Blank!

Immer stärker kommt der Kampfwille der Breslauer Gemeindeglieder zum Ausdruck gegen den erneuten Abzug von 6 Pfg. Stundenlohn, der laut Notverordnung vom 5. Juni 1931 erfolgen soll, die von der Sozialdemokratischen Partei einschl. den Freien Gewerkschaften seinerzeit toleriert wurde. Die Gewerkschaftsleitung, die dankbar bis jetzt in Empfang genommen hat, daß der Magistrat Breslau mit dem Arbeiterdezentenen Schramm diesen Lohnabzug über ein Jahr verhindert hat, sucht jetzt in einer gemeinen und widerlichen Art und Weise die Gemeindeglieder von ihrer Feilheit abzulenken. Blank verbreitet wider besseren Wissens in allen Versammlungen, daß nur der Stadtrat Schramm an dem neuen Beschlusse, der noch gar nicht gefaßt ist, schuld sei. Wir erklären in aller Öffentlichkeit, daß das Lügen und Verleumdungen sind, die Gewerkschaftssekretären vom Schlage Blank ähnlich sind. Wir werden in den nächsten Tagen in einem ausführlichen Artikel die gesamte Materie behandeln.

Feine Methoden

Da die Herren über Polizei und Heer, über Gerichte und Gefängnisse, über Land und Fabriken den Arbeitern nicht mal mehr ein noch so erbärmliches Proletariatsdasein garantieren können, sind alle freien Plätze in den Proletariatsvierteln der Großstädte von Arbeitslosen erfüllt, die sich bemühen, auf irgendeine Weise die langen Stunden des erzwungenen Nichtstuns totzuschlagen. Vom Bürgertum haben die Proletarier das Skatenspiel, ebenso wie das Spiel um Geld gelernt. So wird Skat gedroschen, was das Zeug hält, aber findige Leute, Lumpenproletarier, denen es wahrscheinlich noch schlechter als den Arbeitslosen geht, tun heimlich im kleinen, was die Großen auch tun, sie machen den Bankhalter bei einem bißchen „Gottesseggen“, „Kümmelblättchen“ oder so ähnlich und kitzeln mit der Hoffnung auf ein paar Groschen Gewinn den letzten Pfennig aus den Taschen der arbeitslosen Proleten. Diese gerissenen „Bankhalter“ sind aber nicht die einzigen, die den Arbeitslosen Gewinnmöglichkeiten vortäuschen, um sie von dem Wenigen, was sie besitzen, zu befreien. Da gibt es säuberlich eingerichtete Läden, in denen Weiten für alle europäischen Pferderennen „gemacht“ werden. Sie sind genau so schädlich und verderblich, ja wegen ihres ehrenhaften gut bürgerlichen Äußeren noch viel verderblicher als die kleinen Bankhalter auf den Breslauer Promenaden. Aber, die Wettbüros sind konzeptioniert, hier werden die Erwerbslosen so zu sagen in gesetzlicher Weise „ausgezogen“, auf die „Glücksspieler“ im Breslauer Westpark wird Razzia von der Polizei gemacht. Dagegen wäre nichts einzuwenden, obwohl damit ganz sicher nicht die Glücksspieler aus den Anlagen vertrieben werden würden. Daß aber die Breslauer Kriminalpolizei in ihrem amtlichen Biebereifer gar Kriminalbeamte zur Beteiligung an den Glücksspielen einsetzt, um à la Sherlock Holms die „Verbrecher“ auf frischer Tat ertappen zu können, ist wohl doch etwas zu viel des Guten. Es war tatsächlich wie im Kintopp, ganz unauffällig, wie Proletarier gekleidet, haben sich die Herren von der Kripo unter die Spieler gemischt, sie haben wacker mitgespielt und manchmal kräftig gewonnen, sie haben durch ihr Mittun den Spielteufel der übrigen Spieler sogar fraglos erhöht, vielleicht sogar manchen Unbeteiligten dadurch zum Mittun verleitet. Im guten alten Sprachgebrauch nennt man das Anreißer, aber beim Himmel und der Kriminalpolizei ist nichts unmöglich. Schließlich kam unter greulichem Sirenengeheul ein Ueberfallkommando herbeigeeast und nun kam letzter Akt letzte Szene: Verhaftung der Kapitalverbrecher durch die findigen Detektive.

In keiner Beziehung ist das Vorgehen der Kripo sinnvoll. Durch Gewaltmaßnahmen läßt sich das Glücksspiel in den Anlagen oder

sonst wo nicht ausröten, solange nicht die tieferen Ursachen dieser Erscheinung, Arbeitslosigkeit und Krise beseitigt sind. Beispielgebend wirken Kriminalbeamte auch nicht gerade, wenn sie erst mittun, um nachher stolz auf ihren Trick ihres Amtes zu werten. Die großen wirklich allgemeingefährlichen Glücksspieler und Gauner sitzen außerdem nicht im Westpark. Abgesehen davon ist polizeitechnisch die ganze Angelegenheit wohl auch etwas düster, denn nur so läßt sich das Schweigen des Präsidiums in dieser Sache erklären.

Kumpeltod

Waldenburg.

Auf dem Heydt-Schacht in Nieder-Hermsdorf verunglückte der Arbeiter August Karpf aus Ober-Hermsdorf tödlich. Er wurde auf der von ihm geführten Benzolokomotive mit einem Schädelbruch tot aufgefunden. Zeugen des Unfalls sind nicht vorhanden; es wird angenommen, daß Karpf, als er mit der Lokomotive an dem Kohlenbunker vorbeifahren wollte, mit dem Kopf an den Dunker gestoßen ist. Der Verunglückte war 31 Jahre alt und hinterläßt Frau und zwei Kinder.

SA hat angegriffen

Zweiter Verhandlungstag vor dem Bunzlauer Sondergericht — Sturmabführer schwer belastet

Am zweiten Verhandlungstag des Sondergerichts Liegnitz, das die Vorgänge des Ueberfalls der SA auf das Volkshaus zum Verhandlungsgegenstand hat, wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt, die eine schwere Belastung der SA ergab.

Der Führer des Sturmabmarsches, der den Ueberfall ausführte, gibt zu, den Befehl zum Absteigen gehört zu haben. Er stellt ausdrücklich fest, daß er nach der Straßenschlacht, als er von der Polizei aufgefordert wurde weiterfahren zu lassen, erklärt habe: „Der Sturmabmarsch bleibt hier und wenn es 8 Tage dauert!“ da nämlich die Verwundeten vom Arzt noch nicht zurückgewesen seien. Aus diesem Verhalten heraus entstand dann die zweite Straßenschlacht.

Die andern Zeugen bekundeten gesehen zu haben, wie das Auto hielt, wie die SA-Leute abgesprungen seien, sich mit Steinen bewaffneten und versuchten, Lattenstöcke auszubrechen. Ein Sturmabführer, so sagen die Zeugen aus, hat die Leute zum Sturm angetrieben. Ein Zeuge erkennt mit Bestimmtheit in dem SA-Mann, der seinen Trupp anführte, den Sturmabführer Schön wieder. Eine größere Anzahl von Zeugen schildert übereinstimmend, wie aus der Schar der Nazis ein mit schwarzer Hose, braunem Hemd und schwarzer Mütze uniformierter SA-Mann vorgetreten sei und aus etwa 5 Meter Entfernung auf die Mitteltür des Volkshauses vor der der getötete Reichsbannermann Schreiber stand, geschossen hat.

Kapitalismus In der Sackgasse

35 Notachäfte geprenzt

Kattowitz, 5. Oktober.

Die seit einigen Tagen andauernde Aktion gegen die Notachäfte, die von der Kattowitzer und Schwentochlowitzer Polizei vorgenommen wird, hat zur Stilllegung oder Sprengung von 35 Notachäften geführt. Die Leute der Pöhlhandgrube wurden mit den Sprengarbeiten beauftragt.

Das ist der ganze Wahnsinn des kapitalistischen Systems. Hungernde, hatten sich auf ihre Weise geholfen, gegen sie setzt der Ausbeuterkapital seinen Machtapparat ein. Rettung vor dem Zusammenbruch werden diese Sprengungen nicht bringen.

Der verprügelte SA-Führer

Aus Sarau wird uns gemeldet, daß der Sturmtruppführer Schmidt von seinen eigenen Sturmtruppleuten vor einiger Zeit eine gehörige Tracht Prügel bezogen hat. Die Differenzen ruhrten von einer Sondergerichtsverhandlung her, bei der anscheinend die SA-Leute in ihren Aussagen nicht so geschwätzt hatten, wie es ihr Führer verlangt hat.

Ein kleines Zeichen von der Zersetzung innerhalb der NSDAP. Die Arbeiterschaft darf sich aber durch solche Nachrichten nicht verleiten lassen, von einer Zersetzung inner-

halb des Nazilagers im ersten Sinne zu sprechen. Solche Zersetzungserscheinungen können im Augenblick noch nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. Ein solcher Prozeß kann Jahre hindurch dauern, bis er wirklich auf breiterer Massenbasis für das Proletariat ausgenutzt werden kann. Dies nur zur Warnung für „Optimisten“!

Auf dem Dache sitzt ein Mann, der sich nicht mehr helfen kann

Im Proletenquartier Schelling, in der Hirsche Straße, im Hause Nr. 5, wohnt der Arbeiter Adolf Wolfka. Seit langem arbeitslos, bekommt er mit Frau von der Wohlfahrt 10,30 Mk. die Woche. Ist es da verwunderlich, wenn er langsam aber sicher mit seiner Miets in Rückstand gerät? Gestern erschien nun plötzlich der Hauswirt Felge und verlangte die rückständige Miete. Felge trat, wie es nun einmal ein Hauswirt nicht lassen kann, recht provokatorisch auf und es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf er völlig die Fassung verlor, einen im Garten befindlichen Spaten ergriff und wie ein Wahnsinniger Fensterscheiben (8 an der Zahl) zertrümmerte und die Entrastur Wolkas mit wuchtigen Schlägen bearbeitete. Im Handumdrehen sammelten sich SAP- und KPD-Genossen an und wollten Wolkas vor der Wut des Hauswirts schützen. Beim Herannahen der Proleten flüchtete er auf das Dach seines Hauses und kam erst wieder herunter, als das Ueberfallkommando eintraf.

Zentrale Funktionärversammlung Freitag, den 7. Oktober 20 Uhr Im Endergarten, Enderstraße, Breslau

Zur Teilnahme verpflichtet sind alle SAPs-Genossen, die eine Funktion in irgendeiner proletarischen Organisation oder Betrieben inne haben. Mitgliedsbuch als Ausweis ist mitzuführen. Tagesordnung: „Die Aufgaben der SAPs-Funktionäre im kommenden Wahlkampf“. Ref. Gen. W. Feblan

Kleine Sportnachrichten

FTB 1, Männer-Abt.: Die für Freitag angesetzte Abteilungsverammlung fällt aus und findet daher Samstag, den 11. Oktober, 20 Uhr, bei Gen. Spiller statt. Erscheinen aller Genossen ist unbedingte Pflicht.

Breslauer Volksbühne

Zu den Nachmittags-Vorstellungen am kommenden Sonntag im Lohetheater („Spiel im Schloß“) und im Stadttheater („Zar und Zimmermann“) erhalten die Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Schwanditzer Str. 6a, Gastkarten zum Preise von 95 Pfg. bzw. 1.40 Mk.

Volkshochschule

Die 14. offene Singstunde der Volkshochschule Breslau (Leitung: Studienassessor W. Ergraeber) soll als einzige des Jahres als Morgenstunde im Freien stattfinden: Sonntag, den 9. Oktober, morgens 8 Uhr, im Naturtheater (Scheidtner Park, Nähe Parkhotel) damit einmal der große Kreis, der sich immer zu diesen Stunden zusammenfindet, im freilichlichen gemeinsamen Singen aller mit allen die Lieder zum Lob der Wandergesellen (Singblatt 5) dort zum Klingen bringen kann, wo sie eigentlich hingehören in freier Natur und in der Morgensonne. — Der Eintritt ist frei. Singstundenblätter sind mitzubringen oder draußen für 5 Pfg. zu haben. Bei schlechtem Wetter fällt die Singstunde aus.

ORGANISATIONEN UND NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 56768.

Distrikte, welche am Montag Distriktsversammlungen machen wollen müssen das bis spätestens morgen melden.

Heute abend erweiterte Vorstandssitzung im Stadtraben-Restaurant, Neue Gasse 29.

Funktionärsversammlung Freitag im Endergarten, Enderstraße.

Distrikt 40; Sonnabend Distriktsversammlung

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10-12 Uhr u. Donnerstag von 18-20 Uhr

Maximalische Jugend, Zentralführung, Waldenburgerfahrer: Heute, 1/2 20 Uhr, sind alle Waldenburgerfahrer in unserem Heim, Grünstraße 14/16 zu einer kurzen aber sehr wichtigen Besprechung. Alles erscheinen.

Sprechortteilnehmer: Heute, 1/2 20 Uhr, Generalprobe für Sonntag. Sachen, die zu den einzelnen Darbietungen benötigt werden, jeder von sich mitbringen. Außerdem Volkstänze. Kein al. Gruppenmitglied darf heute fehlen.

Geschäftliches

Wenn ein tägliches Getränk wohlschmeckend, nahrhaft, verdauungsfördernd, ausgiebig und preiswert ist, dann lohnt es sich zu probieren. Ein solches Getränk ist Kaba. Kaba enthält die gleichen Nährstoffe wie Muttermilch, fördert die Knochenbildung und die Verdauung. Kaba schmeckt wie Schokolade, wirkt aber nicht stopfend. Pakete für 10 und 60 Pfg. überall zu haben.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau: Lesezeitung „Arbeiterzeitung“ Breslau, Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Truppe.
Telefon 304 62.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Truppe.
Telefon 206 62.
Insertionspreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

STADTTHEATER

Donnerstag, 20-gegen 23 Uhr
Abend-Vorst. D 1

Macbeth

Freitag, 20-gegen 23,40 Uhr

Die Bohème

Sonntag, 20-gegen 21 Uhr

Abend-Vorst. G 3

Mister Wu

LOBETHEATER

Freitag, 20-15-22,45 Uhr

Die obere Straße

Sonntag, 15.10-17.15 Uhr

Spiel im Schloß

GILBERT HAUPTMANN THEATER

Freitag, 20.10-21 Uhr

Der Tiefstapler

Kauft nur bei unseren Inserenten!

WERTHEIM

Breslau Tauchenzionplatz
Billige Lebensmittel
Soweit Vorrat!

Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

Suppenfleisch Pfd. 0.48	Kalbsrieken Pfd. 0.68
Schmorfleisch o. Knochen Pfd. 0.72	Schweinebauch Pfd. 0.68
Rindergulasch Pfd. 0.58	Schweineschulter Pfd. 0.68
Kalbskamm Pfd. 0.52	Speck, bratfertig Pfd. 0.78

Kolonialwaren

Bruchreis Pfd. 0.11	Camembert vollfett St. 0.23
Glaserreis Pfd. 0.16	Limburger ohne Rinde Pfd. 0.46
Erbsen, halbe, geschält Pfd. 0.16	Dän. Schweizer Pfd. 0.62
Bruchmakkaroni Pfd. 0.35	Rohschmalz Pfd. 0.46
Elerschnittmudeln Pfd. 0.38	Grübenschmalz Pfd. 0.62

Wurstwaren

Blut- und Leberwurst Pfd. 0.52	Spinat, Kohlrabi 1/2 Dose 0.30
Silzwurst Pfd. 0.64	Gemüse-Erbsen 1/2 Dose 0.34
Jagdwurst Pfd. 0.84	Leipziger Allerlei 1/2 Dose 0.68
Räucherpeck Pfd. 0.74	Brätheringe 1/2 Ltr. Dose 0.38
Ploekwurst II (Partieware) Pfd. 0.84	Früchthol-Marmelade
Rielbassa Pfd. 0.88	2xPfd.-Elmer 0.40

Obst

Schlechte Tomaten Pfd. 0.08	Büchlinge Pfd. 0.27
Zwiebeln 3 Pfd. 0.10	Makrelen Pfd. 0.32
Erdbeeren Pfd. 0.24	Sprotten Pfd. 0.42

Margarine -28 Pfund
Gerste u. Roggen -16 gebrannt Pfund

Weizenmehl 000 -17 Pfund
Sultaninen -31 Pfund

KABA billiger!
Stets frisch bei:
Paul Biehl
Kolonialwaren
9% Rabatt
Aisenstr. 13 und Aisenstraße 89

Berlin
Rose-Theater
Grote Frankfurter Str. 132
Telefon: 87 Wechsel 3422
Donnerstag, 6. Oktober
8.15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
Vorzugspreis 4.50 statt 7.50
Werbt Abonnenten!

Eben erschienen:
Fritz Sternberg
Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Vorzugspreis 4.50 statt 7.50
Werbt Abonnenten!

Wo decke ich meinen Bedarf?

ZENTRUM

C. Schlawe
Reuschestr. 24
Inh. H. Kopp
Gegründet 1843
Bücherei - Metalle - Werkzeug- u. Maschinen-Handlung - Glaswaren - Haus- u. Küchengeräte
Brennölflaschen - Ab Mitte November: Schlittschuhe u. Rodel

Wände- und Deckenreinigung
mit „Wandon“ führt aus
Tapetenhaus Ursulinerstraße Nr. 7a
Inh. O. Kaiser, Tel. 21285, z. Selbstverarb. „Wandon“ Pfd. 10 Pfg.

Schuh-Reparaturen
Schuh-Hilfe, Breite Str. 17
Fachmännliche Leitung

Genossen! **Fleisch u. Wurstwaren**
nur bei
Reinhold Reichelt
Neumarkt 14

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine
nur bei
Carl Jos. Kessler, Inh. O. Klein
Friedrich-Wilhelmstr. 21, Klosterstr. 47
Markthalle Gärtnerei, Stand 125/126.
Bismarckstraße 37

Sport und Funk
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte
Schweidnitzer Straße 20/21
naben der Dorotheenkirche

Genossen! Unterstützt mein Unternehmen. Ich gewähre Euch 5% Rabatt
Wolf Fischer - Schuhe und Lederwaren
Reuschestr. 50 (rechts vom Königsplatz)

S. Zöllner, Herreenausstatter
Schmiedebrücke 64/65 · Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.

ODERTOR U. SCHEITNIG

Neu übernommen
ist die Lederhandlung von **Paul Scholz**
Herbesgeestete Preise.
Moltkestraße Nr. 18

Richard Gelse
F. Fleisch- u. Wurstwaren
Bismarckstraße 94

Bäckerei u. Konditorei Karl Pusch
Medwigstraße 4
Filiale: Sternstraße 122 - Carlswilzermarkt 11

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren
Gortwedenstr. 8 9%

Leder K. Becker
billigste bei
Gneisenaustraße 5

Richard Karsunky & Co
Möbel
Bismarckstr. 2, Ecke Matthiasstr.

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche** - Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt hauptsächlich in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Grübchenstraße 19/21 · Bobracer Straße 43 · Poststraße 7 · Moltkestraße 16

Fahrräder bel mit schon ab 3150
Bereifung, Ersatz- und Zubehöre ganz besonders billig
Achten Sie genau auf die Adresse **Paul Eichter Adalbertstr. 26**

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“
Richard Ellison
Matthiasstraße 161/163

Wilhelm Kupczyk
Schleswerderstraße 31
Kolonialwaren Lebensmittel

Reserviert!
Nr. 101

Wir lesen die **SAZ**
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. Tel. 20002
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“

Werbt Abonnenten!

Kauft bei Blassé!
Blassé ist billig!
Kaufhaus Blassé am Graupenstr. 6/10

Kinderwagen · Kinderbetten
Korbmöbel · Liegestühle
Jonas, Reuschestr. 40 (am Königsplatz)

Drogen
Matthias Gartenstraße 10

C. G. Müller
gibt 5% Rabatt in Edeka-Merken
Jahresneu Taschenstr. 1b
früher Poststraße 4

Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGEN - FOTO

Herr Bracht, der Zwickel und die Moral

Seit zwei Tagen gibt es in Deutschland ein neues Gesellschaftsspiel. An jeder Straßenecke, in jedem Eisenbahnzug, in jedem Kaffeehaus, an häuslichen Familientischen und bei hundert anderen Gelegenheiten wird die Frage aufgeworfen: Was ist ein Zwickel und was sind angeschnittene Beine? In dieser ersten Zeit, in der es so selten etwas Erheiterndes gibt, ist ein ganzes Volk, das sonst in jeder Frage in Parteien und Gruppen zerrissen ist, in ein einziges Gelächter ausgebrochen. Das hat, mit seinem Badeschneiderei, der Dr. Bracht getan.

Als man es zuerst las, hielt man es für einen Witz; man glaubte, irgendein frecher Journalist habe sich den Spaß gemacht, die Moral, die seit dem 20. Juli in Preußen amtlich, recht boshaft zu verspotten. Aber es ist Tatsache, daß der kommissarische Verwalter des Freistaates Preußen, eingesetzt zur Wahrung von Ordnung und Sicherheit, folgenden Erlaß herausgegeben hat:

§ 1. Der § 1 der Badeplatzverordnung vom 18. August 1932 erhält folgende Fassung:

1. Das öffentliche Nacktbaden ist untersagt.

2. Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt sowie mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. Der Rückenausschnitt des Badeanzugs darf nicht über das untere Ende der Schulterblätter hinausgehen.

3. Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist. In sogenannten Familienbädern haben Männer einen Badeanzug zu tragen.

4. Die vorstehenden Vorschriften gelten nicht für das Baden in Badeanstalten, in denen Männer und Frauen getrennt baden.

5. Die Vorschriften des Absatzes 2 gelten entsprechend für den Strandanzug der Frauen.

§ 2. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. November 1932 in Kraft.

Da wir es für unsere höchste Pflicht halten, unsere getreuen Leser vor einem Verstoß gegen die Gesetze dieses Staates zu bewahren, so müssen wir zunächst erklären, was ein Zwickel ist — denn Unkenntnis würde auch in diesem Falle nicht vor Strafe schützen. Ein Blick in ein Konversationslexikon lehrt uns: „Ein Zwickel ist eine nach unten spitz zulaufende, dreiseitige ebene oder gekrümmte Fläche, die von Bogen oder geraden Linien begrenzt ist.“ Jedoch könnten auch nach dieser Erklärung noch Zweifel bestehen, und darum wendet sich die hohe preußische Staatsleitung selbst mit einer Auslegung ihrer Verordnung an die Öffentlichkeit. Dort heißt es: „Der Begriff Zwickel, der vielfach nicht verstanden worden ist, läßt sich am einfachsten dadurch erklären, daß ein Stoffeinsatz im Schritt gemeint ist, der für die Badekleidung ebenso wie für die gewöhnliche notwendig erscheint.“ Nun wissen wir's also ganz genau.

Die „angeschnittenen Beine“ werden jedem als etwas eigenartige Vergewaltigung der deutschen Sprache erscheinen. Aber solchen Kummer sind wir gewohnt. Auf den Einladungen, die der Herr Reichspräsident

zu Empfängen und Bierabenden ergehen läßt, pflegt als Anzugsvorschrift vermerkt zu sein: „Weggeschnittener Rock.“ Unter diesem Kleidungsstück ist nicht etwa ein Rock zu verstehen, an dem sich irgendein Sadist ausgetobt hat, sondern das soll die Uebersetzung für den harmlosen Cutaway sein. Deutscher, sprich deutsch!

Wohl noch nie hat sich eine Regierung mit einer Maßnahme so lächerlich gemacht, wie die Regierung Bracht mit diesem Erlaß. Aber es genügt nicht, über Zwickel und angeschnittene Beine zu spotten — man muß auch die ernste Seite dieser Angelegenheit erkennen. Ist es nicht geradezu ungeheuerlich, daß in einer Zeit, in der ungezählte Millionen in bitterstem Elend leben und nicht wissen, wo sie am anderen Tage das Geld für ein Stück Brot oder für die fällige Miete hernehmen sollen, eine Regierung keine anderen Sorgen hat, als mit einer Genauigkeit, die jedem Schneider der Trikotagenindustrie alle Ehre machen würde, einen genormten Badeanzug für jedermann zu verordnen? Ist es nicht eine beispiellose Beleidigung, ein ganzes Volk vor aller Welt als so „unmoralisch“ und „verworfen“ hinzustellen, daß ein Regierungserlaß notwendig ist, um die „Sittlichkeit“ wiederherzustellen? Ist es nicht eine schamlose Heuchelei, daß dieselben Herren, deren hochwohlgeborenen Gattinnen bei Festlichkeiten einen Anblick bieten, für den der Volksmund das Wort Fleischschau geprägt hat, es wagen, junge Menschen, die Wasser, Luft und Sonne genießen wollen, ans Gängelband zu nehmen? Dieser Erlaß ist nicht nur eine Albernheit, sondern zugleich eine Provokation,

ein in Wahrheit ganz unmoralischer Ausdruck überalter Spießmoral. Er räumt den Polizeibeamten Befugnisse ein, die sie seit einem Jahrhundert in keinem modernen Staate mehr besitzen, er gibt jedem Bürger der Willkür jedes Polizeibeamten preis, er erniedrigt die Polizeibeamten selbst, indem er sie zu Schnüfflern und Denunzianten degradiert. Und er vernichtet mit einem Schlage Kulturwerke, die sich die Arbeiterschaft in Jahrzehnten mit beispiellosen Opfern und Mühen geschaffen hat.

Aber vielleicht ist dieser Erlaß ein Stillek von jener Kraft, die zwar das Böse will, jedoch das Gute schafft. Diese Vorstöße der finsternen Kulturreaktion müssen ein Alarmsignal für alle proletarischen Kulturorganisationen sein, dieser Bädererlaß des Herrn Bracht muß Tausende und Abertausende hinführen in die Reihen der Arbeitersportorganisationen und muß all diese Verbände veranlassen, noch viel schärfer, noch viel aktiver als bisher den Kampf gegen diese Rückentwicklung zum Mittelalter zu führen. Wenn wir nur wollen, dann wird dieser Erlaß ganz anders wirken, als es sich die Herren da oben gedacht haben!

Herr Dr. Bracht hat sich darüber bestet kein Zweifel, vor der Geschichte Ewigkeitsruh und Lächerlichkeit erworben. Aber es kann leicht dahin kommen, daß spätere Generationen nicht nur über diesen Minister lachen, sondern auch den Kopf schütteln über ein Volk, das solche Erlasse und solche Minister duldet. Auch in dieser Frage liegt die Entscheidung in der Hand des deutschen Proletariats.

Die bösen empfängnisverhütenden Mittel

Offgefällige Werke werden allenthalben wieder, wie einst in allen Tagen, in Deutschland begangen. Der Unsittlichkeit in ihren wohlgeordnet öffentlichen Formen sollte nun endlich zu Leibe gegangen werden, wie konnte auch der katholisch-deutschnational, katholisch-konservative Herr von Papen diesen seinen wesentlichsten Aufgabenkreis bisher übersehen — da ist doch Herr Bracht ein ganz anderer Kerl, das dürfen wohl die Gedankengänge der Mitglieder bestimmter konfessioneller und vaterländischer Verbände in Münster, ebenso wie der frommen Herren der „Zentralstelle der katholischen Schulorganisation“ sein. So hat die „Zentralstelle der katholischen Schulorganisation“ eine Eingabe an das Reichsinnenministerium gerichtet, in der Maßnahmen zur Beseitigung der sittlichen Gefährdung „unserer Jugend“ gefordert werden. An zwei Punkten müsse unbedingt angezielt werden: 1. Eine Aenderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten soll herbeigeführt werden. 2. Muß der wohlgeordnet öffentliche Vertrieb empfängnisverhütender Mittel als eine weitere Quelle der Unsittlichkeit bekämpft werden. Und in Münster, der Hochburg der streitbaren Kirche, ist man ganz am lieblich „auf Anregung einer Anzahl konfessioneller Organisationen, Behörden und vaterländischer Frauenvereine“ zur Tat ge-

schriften. Eine Arbeitsstelle zur „Reinhaltung des öffentlichen Lebens“ wurde ins Leben gerufen, ein Verein „Zur Bekämpfung öffentlicher Unsittlichkeit“ gegründet. Inzwischen ist aus dieser privaten Ausgeburt sittlichen Empfindens eine „Städtische Zentralstelle zur Bekämpfung von Schmutz und Schund“ geworden. Diese versittlichende Einrichtung soll stets dann eingreifen, wenn „Mangels gesetzlicher Handhabens Behörden nicht mehr zuständig sind“. Ferner gehört zum Aufgabenkreis der „Städtischen Zentralstelle“ die Sammlung von Material, um die laufenden gesetzlichen Reformbestrebungen auf dem Gebiete der Zensur zu unterstützen, anzulegen und zu fördern!

Es ist doch wahrhaft ergötzlich, wenn man sieht, was wissenschaftlicher Aberglaube im 20. Jahrhundert zu leisten vermag. Die „Zentralstelle der katholischen Schulorganisation“ hält die Geschlechtskrankheiten für eine sittliche Gefahr für die „Jugend“. Dem jüngsten und ahnungslosesten Studenten der Medizin selbst ist bekannt, daß auf dem Weg infektiöser Uebertragung Geschlechtskrankheiten verbreitet werden — das bedeutet eine schwere körperliche Gefährdung der Befallenen, hat jedoch mit dem „Seelenheil“ der Patienten nichts zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es besonders interessant, daß gleichzeitig gegen die An-

preisung von „vorbeugenden Mitteln“ Sturm gelaufen wird. Wie sollte man auch von einer stillen katholischen Zentralstelle die unsittliche medizinische Kenntnis erwarten können, daß es Vorbeugungsmittel gibt, die gleichzeitig einen gewissen Infektionsschutz bieten. Wenn also nun schon die Geschlechtskrankheiten ausgerechnet das Seelenheil gefährden, dann sind immerhin auch die Vorbeugungsmittel wertvolle Waffen im Kampfe gegen die „sittliche Gefährdung“ der Jugend. Auf welche Abwege führt sittlicher Eifer die Gerechtigkeit!

Noch schlimmer: Die Huter der Seelen im katholischen Zentralausschuß und in der nicht minder katholischen „Städtischen Zentralstelle“ in Münster widersprechen einander in einem wichtigen Punkte. Die „Städtische Zentralstelle“ will, was sie für Schund und Schmutz hält, bekämpfen — wenn möglich mit Hilfe polizeilicher Maßnahmen; dagegen erklärt die „Zentralstelle“ ausdrücklich, daß durch polizeiliche Maßnahmen die sittliche Gefährdung unserer Jugend nicht behoben werden könne. Nur wenn es gelinge, die aus der Religion stammenden starken sittlichen Kräfte im jungen Menschen zu aktivieren usw., könne der sittlichen Gefahr entgegengetreten werden.

Die schuldbürgerliche Verböhrtheit, die aus diesen Vorgängen spricht, darf die Arbeiterschaft jedoch nicht dazu verführen, über der Lächerlichkeit der katholischen „Sittenswächter“ die große Gefahr, die diese Mucker heraufbeschwören, zu übersehen. Keine politische Reaktion ohne Kulturreaktion, aber, was hier gefordert wird, das bedroht unter Umständen das seelische Wohlbefinden ganzer Generationen. Die konventionelle Unehrlichkeit der Gegenwart ist gewissen katholischen Kreisen noch nicht stark genug, an Leib und Seele verkümmerte Menschen, heuchlerisch öffentlich „sittlich“ — privat Schweine — das ist das Ziel der geistlichen und jungferlichen Mucker. Die Prostitution ist eine Begleiterscheinung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, sie kann nur fallen, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln, mit dem sie gleichzeitig in der Geschichte erscheint, durch die proletarische Revolution aufgehoben wird. Es ist eitel Heuchelei, Gesetze gegen die Prostitution zu fordern und gleichzeitig mit allen Mitteln für die Erhaltung der Voraussetzungen dieser Schmach des Zeitalters des Privatbesitzes sich einzusetzen. Zu solchem Tun bedarf es wahrlich „sittlicher Kräfte, die nur aus der Religion gezogen werden können“.

Keine Polizeivorschriften über die Länge der Badeanzüge, keine Maßnahme gegen die unglückseligen Opfer der bürgerlichen Heuchelei, keine Sittlichkeitschnüffelei wird die durch die Not der Weltkriegsauswüchse der „Sittlichkeit“ nach 1932 Jahren Ausschüttung religiöser Geistes zu bannen vermögen. Erst wenn das Proletariat mit starker Hand die Krise ein für allemal beseitigen wird, wird gleichzeitig mit dem Ende der Kirchen aller Schattierungen die Prostitution, wahrer Schmutz und Schund verschwinden.

Gasexplosion in Düsseldorf Drei Schwerverletzte

Düsseldorf, 5. Oktober.

Durch eine Gasexplosion in einem Haus in der Barbarastrasse wurden drei Personen schwer verletzt.

Charlie Chaplin an Fleischvergiftung erkrankt

Hollywood, 5. Oktober.

Charlie Chaplin ist erkrankt, angeblich an einer Fleischvergiftung.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman
Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIE-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Am frühen Vormittag hat der Kanzler eine Aussprache mit Ebert — es ist nicht die erste Zusammenkunft privater Natur, die er mit dem Führer der sozialdemokratischen Partei verabredet und für die er ihm strenge Geheimhaltung hat zusichern müssen. Wie bei den andern Gelegenheiten läßt er ihn durch eine der hinteren Gartentüren in den Park ein-

Ebert sagt ihm, daß er alles getan hat, um seine Partei zurückzuhalten. Er habe mit dem Argument gebremst, daß es ein viel größeres Hindernis für den Frieden sei, wenn die Partei aus der Regierung herausgehe, als wenn der Kaiser nicht abdankte. Er habe auch die Parteipresse tagelang zurückgehalten, aber jetzt gehe es wirklich nicht mehr.

Während sie hinten im Park auf und ab gehen, sprechen sie über die zu erwartende politische Entwicklung, über eine eventuelle Kaiserschaft Eberts, über die Regenschattennachfolge und die vielleicht notwendig werdende Einberufung einer Nationalversammlung. Der Prinz hat von Ebert den Eindruck absoluter Loyalität. Aber er sieht ein, daß Ebert bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten gegangen ist und ihm keine weiteren Zugeständnisse machen kann.

Wieder in sein Zimmer zurückgekehrt, läßt er den Adjutanten rufen und fragt nach Berichten aus Spa.

„Noch immer keine Entscheidung, Hoheit!“ Und was hören Sie Neues von Berlin?“ „Die Eisenbahnsperre wurde mit Erfolg durchgeführt. Ferner ist die gesamte innere Stadt zwischen Spree und Kanal von Polizei und Militär abgeriegelt.“

Später empfängt der Prinz den Kriegsminister.

„Wir sind wie in einer belagerten Festung. Außer den drei Jägerbataillonen haben wir in Berlin keine zuverlässigen Truppen.“

„Die zugesagten Fronttruppen treffen also nicht ein?“

„Die II. Garde-Infanterie-Division ist schon in Herbsturlaub eingeladen worden. Sie soll die Rheinbrücken öffnen und Köln wieder einnehmen! Eine vollzogene Tatsache — schweren Herzens habe ich zustimmen müssen! Aber ich habe der OHL erklärt, daß es unverantwortlich sei, Berlin ohne infanteristischen Schutz zu lassen!“

„Und werden die Jägerbataillone nicht versagen?“

„Auf die drei Bataillone kann man sich verlassen!“

„Wo sind sie postiert?“

„Eins liegt im Schloß, eins in der Alexanderkaserne, eins an den Brücken im Zentrum!“

Der Adjutant vom Dienst erscheint in der Tür:

„Eine wichtige Meldung, Hoheit!“

„Ja, bittet!“

„Der Kurier mit den Waffenstillstandsbedingungen ist verunglückt.“

„Was, Erzberger?“

„Nein, ein Kurier. Genaues ist nicht bekannt. In der OHL wird angenommen, daß er sich im Trichterfeld verirrt haben!“

Diese Unglücksbotschaft ist erst der Anfang. Bald nachher bringt Wahnschaffe ein Flugblatt und legt es dem Kanzler auf den Tisch. Ein etwas überhandgroßer Zettel mit schlechtem Petroleumaufruck.

„Ein Flugblatt der Unabhängigen, ein Bote der SPD-Fraktion hat es eben gebracht. Das ist heute morgen in den Fabriken verteilt worden!“

Der Kanzler hat das Blatt in der Hand. Es ist der von Barth entworfene Text.

„Also doch — die Unabhängigen!“

Er denkt an Ebert, der ihn immer wieder gewarnt hat. Erst gestern noch sagte Ebert:

„Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ich hasse sie wie die Sünde!“

Die Sozialdemokraten sind die letzte Hoffnung des Prinzen.

„Na ja, die Unabhängigen, aber wenn die SPD die Gegenparole ausgeben kann, werden sie nicht viel machen können!“

„Scheidemann hat schon einige Male angerufen. Vor zehn Minuten erklärte er, wenn die Entscheidung noch immer nicht da ist, dann wisse er aber wirklich nicht, wie sie die Leute noch abhalten sollen, auf die Straße zu gehen!“

„Geben Sie den Text des Flugblattes nach Spa durch, auch was Exzellenz Scheidemann gesagt hat!“

Verzögert geht der Kanzler im Zimmer auf und ab.

Die Monarchie mit dem Kaiser an der Spitze wollte er retten, nachher wenigstens die Monarchie. Jetzt ist nur noch die Entwicklung zur Nationalversammlung möglich. Eine Stunde später wird vielleicht auch dieses Ziel nicht mehr zu erreichen sein! Er läßt Dr. Solf aus der Kabinettsitzung herberrufen, um die mit ihm für die Abdankung vorbereitete Proklamation durchzusehen.

„Wenn die Massen erst in Bewegung kommen, und der Kaiser von der Straße aus gestürzt wird, dann haben wir den Bolschewismus!“ stöhnt der Prinz.

Niemand vermag diese Argumentation abzuschwächen. Ohne die rechtzeitige Abdankung des Kaisers und ohne die dadurch gewährleistetete Hilfe der Sozialdemokratie erscheint die Lage verzweifelt.

Geheimrat Dr. Solf tritt ein.

Die anderen Herren ziehen sich zurück. Im Adjutantenzimmer klingelt das Telefon.

„Hier Scheidemann — ist die Abdankung schon da?“

„Nein, noch keine Entscheidung, vielleicht mittags.“

„Solange brauche ich zu meiner Entschließung nicht. Bitte, sagen Sie dem Herrn Reichskanzler, daß ich mein Amt hiermit niederlege. In einer Viertelstunde haben Sie die Meldung auch schriftlich dort!“

„Aber Exzellenz, man soll doch nichts übereilen!“

„Bitte, man soll vor allen Dingen auch nichts verzögern, bis es zu spät ist!“

Der Adjutant vom Dienst platzt in das Kanzleizimmer.

„Großherzogliche Hoheit, Exzellenz Scheidemann.“

„Scheidemann schon wieder, was denn jetzt?“

„Staatssekretär Scheidemann ist zurückgetreten, die schriftliche Meldung ist unterwegs.“

Das hat der Prinz nicht erwartet. Er hat noch immer gehofft, daß der Einfluß Eberts ausreichen werde, den Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung zu verhindern. Die Absage Scheidemanns ist zugleich die Absage seiner Partei. Damit bricht das Kabinett zusammen.

Teilen Sie das sofort dem Kabinett mit. Rufen Sie das Hauptquartier an, den Generalquartiermeister, auch die Kaiservilla — Schulenburg, Grünau, Plessen, oder wen Sie erreichen. Die Abdankung muß heraus. Es handelt sich tatsächlich um Minuten.“

Die Kabinettsitzung wird unterbrochen. Auseinandergesprenzt laufen die Exzellenzen durch die Räume der Kanzlei. Die engeren Mitarbeiter des Kanzlers suchen Verbindung mit Spa. Jeder hängt an einer anderen Telefonstuppe.

„Hier Wahnschaffe!“

„Hier Haefften!“

„Hier Solf!“

„Hauptquartier: v. Hintzel!“

„Villa Fraineuse: Schulenburg!“

„Jawohl, sind zurückgetreten, Scheidemann und Bauer, beide sozialdemokratischen Staatssekretäre.“

„Nein, wir haben alles versucht, ist alles gescheitert.“

„Auch die Mehrzahl der übrigen Kabinettsmitglieder hat sich für die Abdankung ausgesprochen, — von des Kaisers Entschluß hängt alles ab! Wenn der Kanzler zurücktritt, dann demissioniert das ganze Kabinett.“

„Auch das geht nicht, eine Neubildung ist wegen Fehlen einer Reichstagsmehrheit unmöglich!“

„Unaufschiebbar, Exzellenz!“

„Nein, keine Minute mehr!“

(Fortsetzung folgt.)

Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Betriebsversammlung der städtischen Rohrnetzbetriebe

Daß die städtische Arbeiterschaft in Bremen fest entschlossen ist, dem drohenden Lohnraub entgegenzutreten, das zeigte die gut besuchte, von einem festen Kampfwillen besetzte Betriebsversammlung der Rohrnetzbetriebe am Mittwoch, den 5. Oktober. Alle Anwesenden einschließlich der Unorganisierten verließen einmütig den Standpunkt, daß es genug des Lohnraubes sei und daß sie es nicht dulden werden, daß ihnen auch nur noch ein Pfennig abgezogen wird. Entsprechend dem Beschlusse der Gesamtkonferenz der städtischen Betriebe sind auch die Rohrnetzbetriebe kampflustig.

Diese Stimmung ist durchaus begründlich, wenn man berücksichtigt, daß den städtischen Arbeitern in den letzten zwei Jahren schon zuka 32 Prozent an Lohn abgezogen wurde. Außerdem haben die Kollegen einen freiwilligen Lohnverzicht durch die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden auf sich genommen. Allerdings das letzte in der Erwartung, daß der Verzicht entsprechend arbeitslose Kollegen in die Betriebe aufgenommen werden, was durchaus nicht eingetreten ist.

Zu diesem ungeheuerlichen Lohnraub ist noch eine Verschlechterung der Verdienstmöglichkeiten gekommen, durch Wegfall der bisher gezahlten Auslösung, durch Verringerung des Zuschlages bei Sonntagsarbeit von 33 auf 25 Prozent, durch Nichtbezahlung der Überstundenzuschläge nach acht Stunden, wenn die wöchentliche 48stündige Arbeitszeit nicht erreicht ist. Weiterhin ist eine starke Verschlechterung der Kran-

kenlohnregelung eingetreten. Aus den Ausführungen verschiedener Kollegen war das Unglaubliche zu entnehmen, daß durch den Wegfall der Auslösung heu

für eine 13- bis 14stündige Arbeitszeit einschließlich Laufzeit nur acht Stunden bezahlt werden.

Daß unter obengenannten Umständen es als Herausforderung der gesamten städtischen Arbeiterschaft aufgefaßt wird, wenn von diesem katzenhaften Verdict noch einmal 6 Pfennig pro Stunde abgezogen werden sollen, ist durchaus verständlich. Kollege Blank hatte es nicht nötig, bei Bekanntgabe des bisherigen Verhandlungsergebnisses auf die Kollegen im Sinne der Ablehnung einzuwirken. Es wurde ohnedies einstimmig abgelehnt. Von Seiten der SAP-Genossen wurde die bisherige Gewerkschaftspolitik einer scharfen sachlichen Kritik unterworfen und betont, daß es leider die Gewerkschaften durch ihre Toleranzpolitik veranlassen, den bisherigen so ungeheuerlichen Lohnraub abzuwehren, was bisher viel leichter möglich gewesen wäre, als jetzt unter der offenen antagewerkschaftlichen Regierungsdictatur.

Nach der Wahl eines Kampfausschusses wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die Kollegen der städtischen Rohrnetzbetriebe nehmen mit Entrüstung von den geführten Lohnverhandlungen Kenntnis und geloben, sofort in den Streik zu treten, wenn von Seiten des Magistrats oder der Regierung ein weiterer Lohnraub, wenn auch nur um einen Pfennig, vorgenommen werden sollte.“

Der Hamburger Verkehrstreik

Reportage von K. Saalfeld

Hamburg, 4. Oktober.

Hamburg, die Millionenstadt, ist zurzeit an einem empfindlichen Nerv getroffen. Das Personal der Hamburger Hochbahn AG. (HHA) befindet sich im Streik. Da durch die Monopolpolitik fast das gesamte Verkehrswesen der Stadt Hamburg in der HHA vereinigt ist, führt lediglich die Vorortbahn, die einen Ring durch Hamburg zieht, die Vororte mit dem Hauptbahnhof verbindet.

Am Sonnabend, dem 1. Oktober 1932, traten die Belegschaften in den Ausstand. Hundertprozentig wurde der Streikparole Folge geleistet. Die freien Gewerkschaften begrenzten sich der übergroßen, 90prozentigen Mehrheit der Hochbahnproleten, die RGO grillt die Gelegenheit freudig auf, ihre ohne besonderen Widerhall gebliebene Stimme erheben zu lassen, doch ohne den Erfolg, auch in der Streikleitung vertreten zu sein. Auch die Nazis, die gar keinen Einfluß auf die Streikenden haben, erklären sich laut ihrem Hamburger Organ für den Streik.

Der private Autoverkehr ist durchaus nicht in der Lage, auch nur den geringsten Ersatz für die ausfallende Personalförderung zu schaffen. Im Streik 1925 war dies viel mehr der Fall. Liegt es daran, daß die Autounternehmerschaft aus Profitgier zu hohe Preise nehmen zu können glaubt? Oder ist die Lebenshaltung auch der noch erwerbstätigen Massen derartig geschrumpft, daß sie einfach die Preise nicht zahlen können? Jedenfalls wandert heute Hamburg zu Fuß!

Ein besonderes Kapitel ist die Wald-dörferbahn. Sie verbindet Hamburg mit seinen in Preußen gelegenen Konkaven. Die dortige Bevölkerung ist im Verkehr mit auf diese Bahn, die auch vom Streik ergriffen wurde, angewiesen. Die Gewerkschaften erklärten, daß sie bereit seien, für den Berufsverkehr dort einen Notverkehr einzurichten. Dieser kam nicht zustande.

Hamburg, 5. Oktober.

Heute morgen hat die Teno nunmehr unter starkem polizeilichen Schutz ein paar Züge auf der Wald-dörferbahn verkehren lassen. Angeblich sollen etwa 70 Tenoleute zur Verfügung stehen. Diese Teno-Leute werden durch einen besonderen Zug von Polizei- und Kriminalbeamten, die auf der ganzen Strecke verteilt wurden, scharf bewaffnet, bei ihrer Streikbrecherarbeit bewacht. Diese Maßnahme wurde beschlossen von einem Senat, der stark von SPD-Führern durchsetzt ist.

Interessant ist die Stellung der Nazis, die in demagogischer Weise versuchen, diesen Streik für sich auszunutzen, ihre angebliche Arbeiterfreundlichkeit auch in Hamburg unter Beweis zu stellen. Während auf der einen Seite eine heftige Polemik gegen die „Hamburger Nachrichten“, dem Blatt des „Herrenklubs“, angestimmt wird, überschreit man sich auf der anderen Seite in übelsten Denunziationen über die angeblichen „Störungsversuche von vornehmlich kommunistischen Elementen“. Unnötig zu sagen, daß jedem Pg. wieder einmal der Parteiausschluß angedroht wird — unnötig zu unterstellen, daß die Hamburger Proleten nun auch davon überzeugt sind.

Das „Hamburger Echo“, das offizielle Publikationsorgan der Gewerkschaften, findet keinen Ton der Entrüstung über die Einsetzung der Teno, noch die Maßnahmen des Senats, vielmehr glaubt es, den Kommu-

nisten wegen ihres angeblichen Terrors eins auszuweichen zu müssen.

Die KPD hat im ganzen Stadtbild plakatiert und fordert zur Solidarität für die Streikenden auf.

Da einerseits selbst der Senat (zur Hälfte SPD) zwecks Sicherung der Dividende der Aktionäre der HHA nicht die Belbehaltung der alten Löhne für richtig hält, andererseits der Streikwille außerordentlich stark bei den Hochbahnern ist, kommt für die Herrschenden nun der vielgerühmte, immer wieder als besonders freihetlich hingestellte, sozialdemokratische Revolutionserfolg: die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers, in Frage.

Von der Arbeiterschaft wird jetzt gebieterisch gefordert: Kampf dem Schlichtungs-„recht“! Kein Zurückweichen! Kein Nachgeben! Die Arbeiterschaft ist im Recht und darf sich diesem Schiedsspruch nicht fügen!

Finanz-Katastrophe der Ruhrstädte

Dortmund, 4. Oktober.

(Eigene Meldung). Die Finanzkrise der Ruhrstädte nimmt einen immer größeren Umfang an. Die rückläufige Bewegung in den Steuereinnahmen wächst fortgesetzt und wirft alle Vorschläge über den Haufen. Die Stadtverwaltungen stehen dieser Entwicklung ohnmächtig gegenüber. Sie erklären, daß sie an dem Zusammenbruch der Kommunalfinanzen insofern schuldlos seien, da sie auf die konjunkturelle Lage der Ruhrindustrie, aus der die Finanznot erwachse, keinen Einfluß hätten. Die Einsparungen, die durch die Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze gemacht wurden, vermögen die weitere katastrophale Entwicklung nicht aufzuhalten, da die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungs-Empfänger auch heute noch fortgesetzt steige. Selbst wenn die Gesamt-Erwerbslosigkeit gleich bleibt, oder auch geringfügig abnimmt, so wird die Zahl der Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger durch die aus der Krisenfürsorge Ausscheidenden fortgesetzt größer.

In den fünf größten Städten beträgt das Defizit für das Jahr 1932 in Essen 19, in Dortmund 36, in Duisburg-Hamborn 30, in Gelsenkirchen 22 und in Bochum 12 Millionen Mark. Für die genannten fünf Städte sind das allein 120 Millionen Mark, zu denen dann allerdings noch das aus dem Vorjahr zu übernehmende Defizit hinzukommt.

Die Sicherheit der regelmäßigen Auszahlung der Wohlfahrts-Unterstützungen wird immer fragwürdiger. Der Oberbürgermeister der Stadt Wanne-Eickel forderte jetzt in einer öffentlichen Versammlung des Stadtparlaments von der Reichsregierung die Einsetzung eines Kommissars für das Ruhrgebiet, der die Vollmacht haben müsse, von sich aus Anweisungen an die Reichsbank zur Auszahlung der laufend notwendigen Unterstützungsbeträge zu geben.

Rahmentarifkündigung in Bremer Hafenbetrieben

Statt Kampf — Ausschlußdrohung gegen SAP-Genossen

Die Bremer Hafenarbeiter hatten bisher einen Rahmentarif, der nicht unbedeutende Vorteile gegenüber den Tarifen der übrigen deutschen Hafenstädte aufwies. Jetzt wurde dieser Tarif zum 1. Oktober gekündigt. Das von den Unternehmern gemachte Angebot enthält unter anderem folgende Aenderung: Wurden bisher die Schichten an den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten mit 100 bis 140 Prozent Aufschlag vergütet, sollen in Zukunft noch ganze 20 Prozent (!) bezahlt werden. Oder: Wurden sonst für 3 bis 5 Überstunden im Anschluß an eine Schicht ein weiterer voller Schichtlohn gezahlt, so soll das jetzt bis auf die achte Überstunde ausgedehnt werden können. Praktisch bedeutet das einen Verlust für die zweite Schicht in Höhe von 6,42 Mark (ist 75 Prozent). Bedeutender noch ist die soziale Auswirkung dieser Aenderung, da das Überstundenwesen (eine Folge der eigenartigen Struktur der Hafenbetriebe und Ausdruck der Schwäche der Arbeiter) ins Ungemessene steigen würde. Die hohen Zuschläge schoben dem bisher einen wirksamen Riegel vor. Neben den hier genannten Aenderungen sind in dem Vorschlag der Unternehmer noch eine Reihe weiterer Verschlechterungen in der Urlaubsfrage, in Krankheitszeiten, bei Unfällen usw. enthalten.

Alle diese Punkte lagen einer Vertrauensmännerversammlung des Gesamtverbandes am 30. September in Bremen zur Entscheidung vor. Der Bevollmächtigte gab bekannt, daß die Verhandlung mit den Unternehmern zu keiner Einigung geführt hätte. Der Schlichter beantragte Verlängerung des Tarifes bis zum 15. Oktober. Dazu sollten sich die „Parteien“ bis zum 3. d. M. erklären.

Der Kollege Hallerstedt (SAP) kritisierte das Verhalten der Verbandsleitung in diesem Falle scharf, da diese den materiellen

Inhalt der Verschlechterungen den Hafenarbeitern nicht einmal zur Kenntnis gebracht habe, obwohl die Ortsverwaltung schon seit dem 15. Juli im Besitz des Unternehmergebietes war. Kollege H. forderte: Ablehnung des Schlichtervorschlages, der nur dazu dienen solle, den einheitlichen Kampf der Hafenarbeiter und Seeleute (deren Lohnarif zum 1. Oktober ebenfalls gekündigt ist) zu verhindern. Weiter verlangte Kollege H. Einberufung von Mitgliederversammlung und Proklamierung des Streiks.

Nachdem die Versammlung mit großer Mehrheit den Vorschlag unseres Genossen angenommen hatte, erklärte der Bevollmächtigte die Abstimmung für ungültig, da man ihm das statutengemäß zustehende Schlußwort verweigert habe.

In dem nachträglich erteilten Schlußwort machte die Bürokratie eine Ausschlußhetze gegen H., der die Lohnkommission als einen Dreck bezeichnet haben sollte. (In Wirklichkeit sagte H.: Verhandlungen sind jetzt eben Dreck wert.) Aber die rauen Kämpen der Ortsverwaltung münzten die beleidigte Jungfrau, obwohl man sonst am Hafen einen rauhen, aber herzlichen Ton liebt. Die Meluhet der Versammlung unterstützte den Kollegen Hallerstedt und forderte, daß er nichts zurücknehmen solle. Trotzdem wird es zu einem Verfahren wegen „Majestätsbeleidigung“ kommen.

Aber: Die Hetze erfüllte noch einmal den gewünschten Zweck. Eine nochmalige Abstimmung ergab bei vielen Stimmhaltungen eine knappe Mehrheit der Ortsverwaltung.

Trotzdem wird der Abbauever such der Unternehmer am 15. Oktober auf den schärfsten Widerstand der Hafenarbeiter stoßen.

Sie spielen weiter „Arzt am Kapitalismus“

Bochum, 4. Oktober.

CNB. Am Schlußtage der Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes sprach Dr. Berger-Bochum über „Kohlenverständnis und Weltwirtschaftskonferenz“. Im Rahmen des Berichts über den kürzlich abgehaltenen Londoner Bergarbeiterkongress bezeichnete der Redner die Regelung der internationalen Kohlenwirtschaft als das vordringlichste Thema für die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz. Die fortgesetzten Kontingentierungen auf den Kohlenmärkten hätten, wie er darlegte, zu unhaltbaren Zuständen geführt. Wenn die Hoffnung (!) auf Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht vollends aufgegeben werden solle, dann dürften sich die Regierungen der Kohlenländer der Pflicht zur Ratifizierung internationaler Uebereinkommen nicht länger entziehen. Die zu Anfang des kommenden Jahres in Aussicht genommenen internationalen Wirt-

schafts- und sozialpolitischen Konferenzen in London und Genf böten eine günstige Gelegenheit, die hinlänglich vorbereiteten bergbaulichen Regelungen zum Grundstein einer durchgreifenden Ordnung der Weltwirtschaft (!) zu machen. Um diesen Gedanken die weiteste Verbreitung zu geben, würden in allen Bergbauländern am 4. Dezember d. J. große Bergarbeiterkundgebungen stattfinden.

„Mancher begreift's eben nie.“ Dieses derbe volkstümliche Sprichwort trifft immer wieder auf die Gewerkschaftsreformisten zu. Jetzt reden und salbadern die Dr. Berger, Husemann und Gen. seit 8 Jahren auf unzähligen Konferenzen über die „internationale Kohlenverständnis“. Währenddessen wird der internationale Konkurrenzkampf und die Massenverelendung der Bergarbeiter immer schlimmer. Sie muß, solange der Kapitalismus besteht, schlimmer werden, weil es sich hier um unlösbare Widersprüche, um die Unmöglichkeit einer „Verständigung“ auf der Basis kapitalistischer Produktion handelt.

Aber die Dr. Bergers wollen das nicht sehen, sie wollen weiter „Arzt am kranken Kapitalismus“ spielen und so die Bergarbeiter von dem allein zum Ausweg führenden revolutionären Kampf abhalten.

Die Proleten müssen diesen „Ärzten“ diesen gefährlichen Kurpfuschern den Laufpaß geben.

Ein Jahr SJV

Bremen, 5. Oktober.

Unser Filmorgen war der beste Beweis für die Aktivität der Genossen des SJV und für die Stärke unserer Organisation. Wenn auch die SAJ-Leitung mit aller Gewalt die Augen vor den Tatsachen verschließt, so haben doch hunderte von Genossen der „Eisernen Front“ am 2. Oktober gesehen, daß der SJV „noch lebt“. Die SAJ hat ja beschlossen, daß sie keine Filmorgen machen will, da sie noch einen Schnupfen vom letzten hat. Sie kennen eben die „Aktivität“ ihrer Organisation und wissen, daß sie nicht auf die Platte kommt.

Ueber 1000 Personen waren im „Decla“, als der SJV zu seinem Filmorgen aufrief. Viele mußten umkehren, da die Veranstaltung polizeilich geschlossen wurde.

Das war der beste Auftakt für unsere Werbekampagne. Die dort anwesenden Genossen der SAJ und des KJV haben gesehen, daß der SJV sich positiv zum russischen Aufbau stellt und mit allen Kräften zur revolutionären Schulung der Jungarbeiter beiträgt. Dieser Filmorgen war zu gleicher Zeit die Einjahrsfeier des SJV. In diesem einen Jahr hat der SJV bewiesen, daß der beste Teil des Jungproletariats bei ihm steht und seine ganze Kraft in den Dienst des Einheitsfrontgedankens und der Klasse gestellt hat. Daß der SJV die aktivsten Kräfte des Jungproletariats in sich vereinigt, beweisen seine Veranstaltungen und seine sonstige Arbeit.

Achtung! Kolporteur!

Die wichtigste Voraussetzung für regelmäßige und pünktliche Lieferung der SAZ ist die schnellstmögliche Abrechnung der Abgebühren. Wir bitten um pünktliche Ueberweisung der noch rückständigen Abgebühren für September. SAZ-Geschäftsleitung.